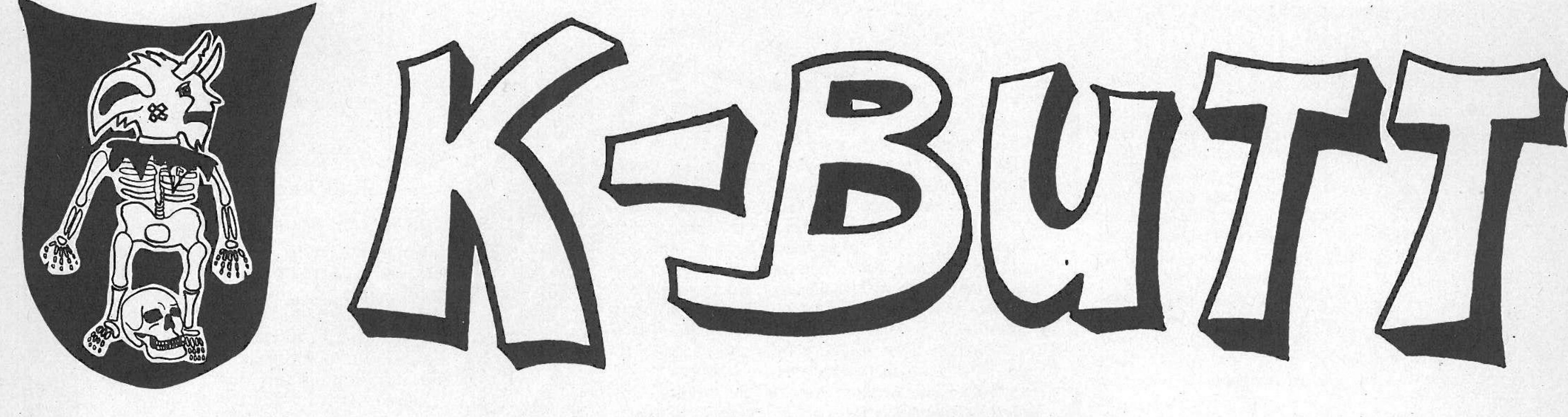


kost nix
solibeitrag erwünscht

pfälzische radikale
kaiserslautern

nummer 14
heißer sommer 1996



DIE GEWALT GEHT VOM STAATE AUS

Vorwort

Ha! Da sind wir. Etwa sechs Monate hat's bis zu dieser (überdurchschnittlich umfangreichen) K-BUTT gedauert. Das ist natürlich kein Zustand. Das soll und darf nicht zur Regel werden. Eine Zeitung, die nur zweimal im Jahr erscheint, verliert an Aktualität und müßte auch ganz anders an Themen rangehen und andere Themen besetzen.

Wir haben uns zu spät gegenseitig in den Arsch getreten. Schlimm genug, daß wir sowas überhaupt machen müssen. Diskussionen über Anwesenheit auf Treffen, Verbindlichkeit u.v.m. müssen anscheinend immer wieder mit mehr oder weniger Erfolg geführt werden.

Die einen machen mehr für die Zeitung, andere beteiligen sich über mehrere Ausgaben fast gar nicht. Es sieht momentan so aus, daß eher Leute aussteigen, als daß neue hinzukommen. So hat sich für einen Teil der Redaktion (erneut) die Frage gestellt, ob die K-BUTT weiter machen soll.

Einiges lief schlecht, anderes aber auch besser als bei der letzten Ausgabe. Verbesserungen sind spürbar. Hoffentlich ist das Freudengefühl, das wir regelmäßig bekommen, wenn wir ein Exemplar der neuen K-BUTT gedruckt und gefalzt in den Händen halten, nicht so andauernd, daß wir denken, wir können uns jetzt ausruhen.

Wir wollen erst mal weitermachen. Weitermachen mit einer Zeitung, die berichtet, was passiert; die zur herrschenden Meinung eine Gegenmeinung verbreitet (wir müssen uns dabei natürlich auf einige Themengebiete konzentrieren). Wir wollen eine Zeitung in und für Kaiserslautern machen, eine Zeitung für und mit Euch. Schreibt uns also, was bei Euch (an Scheiße) abgeht oder schickt mal 'nen Leserinnenbrief, was Euch an der K-BUTT (nicht) gefällt. Eure Meinungen, Reaktionen und Kritik freuen uns und bauen uns auf.

Leserinnenbriefe, Schokolade und ähnliches müßt ihr künftig an eine **neue Adresse** schicken (s. Seite 2). Wir freuen uns auch sehr über Geldscheine aller Art, da wir auf Spenden angewiesen sind. Anzeigen finanzieren diese Ausgabe nur zur Hälfte.

Diese Seite der Ausgabe hat ausnahmsweise einen veränderten Titel. Schuld daran ist zum einen die Repression gegen die Zeitung „radikal" (siehe Seite 8). Wir schließen uns damit einem Aufruf an, alle fortschrittlichen Zeitungen unter dem Titel bzw. Untertitel „radikal" erscheinen zu lassen. Zum anderen der Abstieg des 1. FC Kaiserslautern (wegen der bourgeoisen Drei-Punkte-Regel). In der Redaktion gleichen sich Trauer- und Freudentränen ziemlich aus, leider haben wir es nicht mehr geschafft, unsere konträren Positionen Euch in Texten transparent zu machen. Das wäre eine interessante und wichtige Aufgabe, denn wer den Sport nicht kritisiert, hat auch kein Recht, den Kapitalismus zu kritisieren.

Laßt uns gemeinsam kämpfen, damit dem Staate die Gewalt bald ausgeht

Inhalt

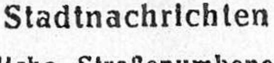
KEINE ATOMMÜLLTRANSPORTE DURCH DIE PFALZ ODER ANDERSWO
STOPPT DIE ATOMMACHT BRD UND IHRE KONZERNE

IN KURZER ZEIT WERDEN AN DEN STRATEGISCH WICHTIGEN ORTEN BARRIKADEN ERRICHTET. DIE IN DEN POLIZEIWACHEN ERBEUTETEN WAFFEN WERDEN AN DIE KÄMPFERINNEN VERTEILT.

Von Straßennamen

Straßennamen sind immer auch ein Zeichen für den herrschenden „Zeitgeist". Nach wem werden Straßen benannt, wann werden sie umbenannt. Nachdem in der Ex-DDR viele Namen von KommunistInnen aus den Straßen verschwunden sind, werden nun auch in der alten BRD viele Straßennamen verändert. Auch so soll Geschichte in herrschende Vorstellungen gepreßt werden. Zur Anschauung dokumentieren wir im folgenden zwei Artikel der bürgerlichen „Pfälzischen Volkszeitung" aus Kaiserslautern. Der eine vom 12. März 1946 zur Benennung von zwei Kaiserslauterer Straßen nach Ernst Thälmann (KPD) und Rudolf Breitscheid (SPD); beide wurden im August 1944 in Buchenwald ermordet. Die Ernst-Thälmann-Straße gibt es heute nicht mehr, doch auch andere Straßennamen sollen verschwinden. So z.B. die Friedrich-Engels-Straße, die erstmal „verkürzt" wird. Davon handelt der zweite, genau 50 Jahre später erschienene Artikel aus der „Rheinpfalz" vom 27. März 1996.

Wir wollen hier noch auf eine Broschüre verweisen, die sich mit einer Benennung von Straßen in einem Neubaugebiet im Kaiserslauterer Stadtteil Erfenbach befaßt. Eine der Straßen soll nach Jakob Blenk benannt werden, der von 1923-1945 (!) Ortsbürgermeister in Erfenbach war. Der Konservative, der auch im Kreistag saß, trat 1933 sofort in die NSDAP ein und machte aus seiner faschistischen Begeisterung keinen Hehl. Mit den Neubauten in Erfenbach, die in den 30ern mit NS-Geldern errichtet wurden, hat sich Blenk die Verdienste erworben, die den Ortsbeirat jetzt veranlassen, eine Straße nach ihm zu benennen. Eine weitere Straße soll nach Willen von SPD und CDU nach der „Heimatdichterin" Elisabeth Kirch benannt werden, die in ihren Geschichten den Nationalsozialismus verherrlicht hat. Die Broschüre, in der auch alte Gemeinderatsprotokolle enthalten sind und die weitere Fakten und Hintergründe wiedergibt, ist für 5 DM (in Briefmarken oder Schein) zu bestellen bei: M. Blüm, Schmiedstraße 2, 67655 Kaiserslautern



Stadtnachrichten

Feierliche Straßenumbenennung

Vertreter der Stadt Kaiserslautern, eine Delegation der Opfer des Faschismus sowie zahlreiche Bürger unserer Stadt hatten sich Sonntag vormittag zu einem feierlichen Akt am Pfaffbad eingefunden. Es galt, die Umbenennung der Luitpoldstraße in Dr.-Rudolf-Breitscheid-Straße und die der Wittelsbacher-Straße in Ernst-Thälmann-Straße vorzunehmen.

Nach einigen einleitenden Ausführungen des Herrn Bürgermeisters Lippold sprach Ch. M. Kiesel Worte ehrenden Gedenkens für den von den Hitler-Faschisten ermordeten Dr. Breitscheid. Dann wurde zum Zeichen der brüderlichen Verbundenheit ein Kranz der Ortsgruppe Kaiserslautern der Kommunistischen Partei unter dem neuen Straßenschild der Dr.-Rudolf-Breitscheid-Straße angebracht.

Zum Gedenken des am gleichen Tage von den Hitler-Faschisten ermordeten Ernst Thälmann ergriff A. Freiberg das Wort. Hier waren es die Sozialdemokraten, die ihre Verbundenheit durch Überreichung eines Kranzes der Ortsgruppe Kaiserslautern der SPD., der unter dem Straßenschild der neuen Ernst-Thälmann-Straße angebracht wurde, zum Ausdruck brachten.

Auch die Ehrenwache, die während des ganzen Sonntags an den beiden Gedenkschildern gestellt wurde, entsprach dem Geiste der beiden großen Toten. Sozialdemokraten hielten die Ehrenwache an der Gedenktafel für Ernst Thälmann und Kommunisten hielten die Ehrenwache an der Gedenktafel für Dr. Rudolf Breitscheid.

Die feierliche Umbenennung war ein würdiger Auftakt für die Großveranstaltung, die am gleichen Abend in der Fruchthalle stattfand.

Anwohner sauer auf die Stadt: Unsinnige Geldausgeberei

Umbenennung der Haag- und Friedrich-Engels-Straße stößt auf Protest

▸ Sauer sind die Anwohner von Haag- und Friedrich-Engels-Straße über die Absicht der Stadt, zwei Teilstücke der Straßen in Hellmut-Hartert-Straße umzubenennen. „Das ist unnötige Geldausgeberei", schimpfte gestern Heinz Feikert, der mit seinem Bestattungsinstitut in der Haagstraße angesiedelt ist.

Feikert hat eine Anwohner-Umfrage initiiert, bei der „jedes Haus unterschrieben hat". Etwa 50 Unterschriften sind zusammengekommen, sowohl aus der Haagstraße als auch aus der Friedrich-Engels-Straße. Gefragt wurde, ob die Anlieger mit der Umbenennung einverstanden sind beziehungsweise ob sie von der Verwaltung darüber unterrichtet worden sind. Beide Fragen wurden von allen verneint, wobei einige nicht wußten, wer Hellmut Hartert ist.

Feikert und auch Friedrich Hamp vom Spiel- und Schreibwarengeschäft in der Friedrich-Engels-Straße machen den finanziellen Aufwand geltend, den sie und auch die anderen Geschäftsleute bei einer Umbenennung der Straßen hätten. Sämtliche Geschäftspapiere müßten geändert werden, die Lieferanten, besonders neue, müßten die neue Geschäftsanschrift erfahren: „Pro Brief eine Mark." Feikert müßte seine Bestattungsfahrzeuge neu beschriften lassen: „Pro Auto mindestens 1000 Mark." „Auch ein Privatmann hat Umstände", macht Karl-Heinz Jotzo aus der Haagstraße geltend. Verwandte müßten verständigt werden, Papiere wie Führerschein oder Ausweis müßte man umschreiben lassen.

Aber am meisten ärgern sich die Anwohner darüber, daß sie vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. „Wir wurden vorher nicht informiert", sagte Werner Hemmer aus der Friedrich-Engels-Straße. „Wir wollen vorher gefragt werden." Hamp warf ein: „Das ist demokratische Bürodiktatur." Feikert erläuterte, erst durch einen Brief seien sie über die Umbenennung der Straßen aufgeklärt worden. Darin habe gestanden: „Wir haben ihre Straße umbenannt. Sie haben jetzt die Hausnummer 16."

Die Anwohner schlugen gestern vor, mit der Umbenennung wenigstens zu warten, bis der Klinik-Umbau fertig ist. Dann könnten die Geschäftspapiere noch aufgebraucht werden, und man hätte Zeit, sich auf die neue Adresse vorzubereiten.

Die Straßenumbenennung ist für die Betroffenen nur noch das Tüpfelchen auf dem i: „Was haben die uns hier schon schikaniert", sagte Feikert. Er zählte auf: Abriß der Neuapostolischen Kirche, der mit jeder Menge Dreck und Krach vonstatten ging; Ausbau der Haagstraße zu einer „Rennbahn", wie sie sagen - ebenfalls mit Lärm und Staub sowie mit Geschäftseinbußen verbunden. Dann der Abriß des Haupteingangs am Klinikum und jetzt der Beginn der Bauarbeiten für das Bettenhaus Nord. Ein Ende sei noch nicht abzusehen.

Umbenannt werden soll die Friedrich-Engels-Straße von der Pariser Straße bis zur Späth-/Haagstraße. Die Haagstraße soll von der Friedrich-Engels-Straße bis zum Pfaffplatz umbenannt werden. Beide Teilstücke der Friedrich-Engels- und der Haagstraße sollen künftig Hellmut-Hartert-Straße heißen.

Der Name Haagstraße bleibt ab Pfaffplatz. Der Name Friedrich-Engels-Straße bleibt für das Teilstück von der Albert-Schweitzer-Straße bis zur Königstraße. (ita)

INFO

— *Professor Dr. Hellmut Hartert war von 1962 bis 1983 Chefarzt der Medizinischen Klinik und von 1964 bis 1973 Ärztlicher Direktor am Städtischen Krankenhaus. Im September 1993 starb Hartert im Alter von 75 Jahren.*





Nachtrag

zu K-BUTT Nummer dreizehn

In der letzten Ausgabe der K-BUTT hatten wir einen Beitrag über den Befreiungskampf in Mexico von der Antifaschistischen Initiative Saar abgedruckt. Der Beitrag faßte eine Veranstaltung in Saarbrücken zusammen, wo ein Vertreter der MDI(M) (Unabhängige Demokratische Bewegung (Mexico)) über die EZLN, die Situation und die Verhältnisse in Chiapas/Mexico und die marxistisch-leninistische PROCUP (Geheime Revolutionäre Arbeiterpartei Volksunion) berichtete.

Nach der Monatszeitung „ak" (analyse und kritik, früher Arbeiterkampf) waren die mehreren Veranstaltungen in Deutschland organisiert vom „Buchladen Georgi Dimitroff" aus Frankfurt, dem „Vertreib für internationale Literatur" und von der Gruppe „Westberliner Kommunist".

Zu Anfang sprach die Antifaschistische Initiative Saar in ihrem Text von Vorwürfen mexicanischer Anarchist/inn/en, die MDI(M) und PROCUP vorwerfen, Organisationen des mexicanischen Staates zu sein. Im „ak" Nr. 384 vom 16.11.95 wurde an MDI(M) und PROCUP andere Kritik laut. Diesen ak-Artikel (den schicken wir Euch auf Anfrage gerne zu) haben wir jeder K-BUTT beigelegt und versprochen, in dieser Ausgabe näheres dazu zu bringen. Viel mehr können wir diesem Artikel allerdings nicht hinzufügen. Sowohl der Buchladen Georgi Dimitroff, als auch das bereits im Artikel angekündigte Flugblatt („Gegen die Verleumdungen" (!)) der Antifaschistischen Initiative Saar und einigen Leuten aus Karlsruhe (vom Herbst 1995) schweigen sich über die Vorwürfe im ak-Artikel aus.

Das einzige, was uns zu ergänzen bleibt ist, daß bei der Veranstaltung in Saarbrücken klar gesagt wurde, daß die gesammelten Spenden der MDI(M) zugute kommen werden.

Ansonsten können wir uns nur der glaubhaften Darstellung des ak-Artikels anschließen. Die MDI (M) ist Massenorganisation der illegalen PROCUP, die wiederum seit den siebziger Jahren mit bescheidenem Erfolg bewaffnet gegen den mexicanischen Staat kämpft. Im Januar 1994 machte sie durch zwei Autobombenanschläge in Mexico-City auf sich aufmerksam; dabei wurde keine/r verletzt.

Wenn die MDI(M) massivst gegen eine Frau hetzt, die die erste war, die sich in den Siebzigern in Mexico für politische Gefangene engagiert hatte, oder wenn PROCUP bei Auftritten in den USA behauptet, daß die EZLN Teil von PROCUP sei und finanzielle Mittel für die EZLN sammelt, die diese nie erhält, finden wir das befremdend. Es drängt sich der Eindruck auf, daß diese Gruppen den Erfolg der EZLN ausnutzen, um selbst davon zu profitieren und dafür eine Zusammenarbeit o.ä. mit der EZLN herbeilügen, wie das auch auf der Veranstaltung in Saarbrücken geschah; diese Behauptung wird auch von den Veranstalter/inne/n verbreitet.

In einem Communiqué der EZLN, das ebenfalls im ak abgedruckt wurde, stellt die EZLN klar, „daß sie keinerlei Verbindung mit der PROCUP hat. Die EZLN hat niemals Kontakt mit der PROCUP gehabt, noch ist sie Teil ihrer Struktur, noch hat sie irgend etwas mit ihr zu tun."

K-BUTT

NEUE ADRESSE

Ich bin Radi-aktiv

herausgeberin:

k-butt
c/o
kantstraße 71 - 807
67663 kaiserslautern

anschrift und vertrieb: siehe oben

fax-nummer: 0631 - 457 22

NEUE ADRESSE

k-butt-abo: für zehn dm (in briefmarken oder bar, nur im voraus) bekommt ihr vier ausgaben zugeschickt. mit diesem betrag finanzieren wir auch die kostenlosen knast-abos. wir halten natürlich keine/n davon ab, auch mehr zu geben. schreibt bitte dazu, ab welcher nummer das abo laufen soll.

restexemplare von älteren ausgaben haben wir noch zuhauf. für vier dm in briefmarken (porto) schicken wir sie euch gerne zu.

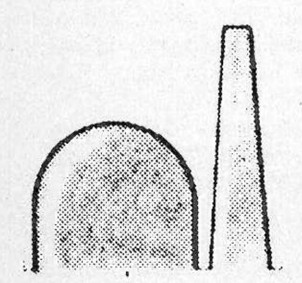
bankverbindung: konto-nummer 117 018 010 • stadtsparkasse kaiserslautern • blz 540 501 10

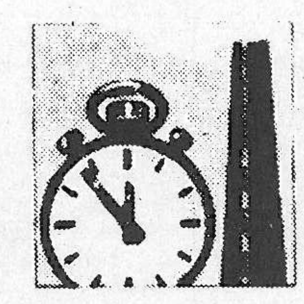
v.i.s.d.p.: franz etscheid, eisenbahnstraße 33, kaiserslautern.
gesamtherstellung: eigendruck im selbstverlag.
eigentumsvorbehalt: nach diesem eigentumsvorbehalt ist diese zeitung solange eigentum der absenderin, bis sie der/dem gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "zur-habe-nahme" ist keine persönliche aushändigung im sinne dieses vorbehalts. wird die zeitung der/dem gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der absenderin mit dem grund der nichtaushändigung zurückzusenden.



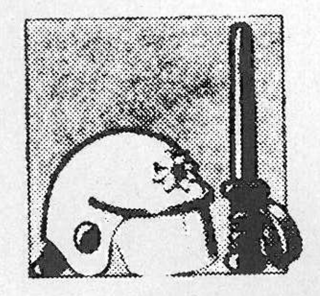
Sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie - weltweit !

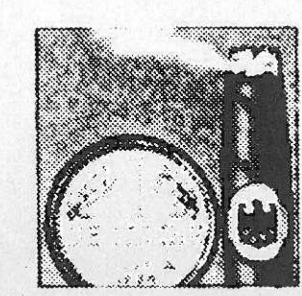
Am 7. Mai ist ein Zug mit deutschem Atommüll auf dem Weg vom französischen Atommüllager La Hague durch Rheinland-Pfalz nach Gorleben gerollt.





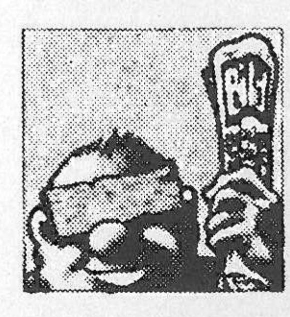
Wie im vergangenen Jahr wurde dieser zweite Transport ins Wendland gegen den erbitterten Widerstand der ganzen Region um Lüchow-Dannenberg mit einem riesigen Polizeieinsatz durchgesetzt. Protest und Widerstand sind gewachsen. Sie haben an Qualität und Quantität zugenommen, haben den größten Bulleneinsatz der BRD-Geschichte herausgefordert und den ökonomischen Preis für die Durchführung solcher Transporte, und damit für die Betreibung der Atomanlagen im allgemeinen, in die Höhe getrieben. Allein der Polizeieinsatz soll mindestens 55 Millionen, nach einer Radiomeldung sogar 75 Millionen DM gekostet haben.

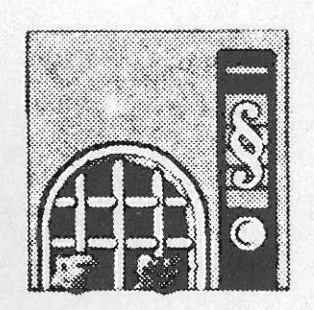




Doch auch der politische Preis ist gestiegen. Den Menschen im Landkreis Lüchow-Dannenberg und auch vielen darüber hinaus ist deutlich geworden, von wem hier die Gewalt ausgeht: Nicht von denjenigen, die aus Verantwortung und Sorge um den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlage auf die Straße gehen, sondern vom Staat. Auf eine vielfältige und phantasievolle Palette von Widerstandsaktionen von Demos über Gleisunterhöhlungen, Blockaden und Straßenbarrikaden antworteten die Bullen u.a. mit dem sofortigen Einsatz von Hochdruck-Gas-und-Wasser-Werfern. Die Fernsehbilder zeigten die Unsicherheit der Bullen. Sie waren stellenweise sehr aufgeregt und nervös.
Das Innenministerium von Rheinland-Pfalz bestätigte zunächst eine Route des Transport durch Wörth - Landau - Neustadt - Kaiserslautern - Bingen. Die Route ging dann von Neustadt über Ludwigshafen und Worms. Selbst in bürgerlichen Kreisen hat dies Betroffenheit, Informationshunger und Widerstand geweckt. Der Kaiserslauterer Umweltdezernet wäre bei der Radiomeldung „beinahe in den Graben gefahren", der Gemeinderat von Enkenbach hat sich einstimmig gegen einen Transport durch Enkenbach ausgesprochen.

In Rheinland-Pfalz war der Transport nicht aufzuhalten (auch eine Bombendrohung in Hessen konnte den Transport „nur" verzögern), trotzdem haben viele Menschen hier ihren Widerstand zum Ausdruck gebracht, z.B. durch Demos in Neustadt/Weinstraße, Landau, Saarbrücken mit jeweils 200 Menschen. Anschreiben mit dem Briefkopf der Stadt, in dem die Bevölkerung aufgefordert wird, ihre Häuser zu verlassen und sich bei der Stadtverwaltung Jodtabletten abzuholen, wurden in Neustadt verteilt, woraufhin die Stadt Anzeige gegen Unbekannt gestellt hat. In Trier ärgerte sich die Deutsche Bahn öffentlich über fingierte Plakate, auf denen die Bahn sich bei der Bevölkerung für bestimmte Unannehmlichkeiten entschuldigt.
In Wörth-Maximiliansau am Umspannwerk hatten Menschen übernachtet und als der Transport nahte, begann dort eine Sitzblockade auf den Gleisen. Obwohl es nicht viele Blockierer/innen waren, war die Bullerei recht hilflos. Die zweite Reihe war noch nicht runtergetragen, da saßen die ersten wieder auf den Gleisen. Erst die extra angerückte und nicht ganz so sanfte Verstärkung konnte Erfolg vermelden.

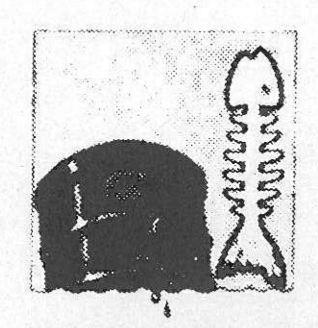


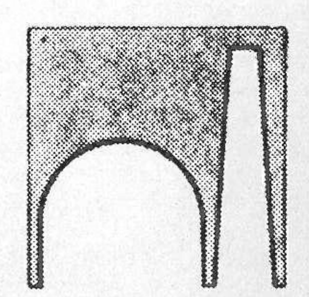


Der Widerstand gegen den Transport, insbesondere natürlich der im Wendland, weckte die Aufmerksamkeit. Ein wenige Tage später erfolgter Castor-Transport aus dem bayrischen AKW Grundremmingen durch den gesamten südwestdeutschen Raum zur Wiederaufarbeitungsanlage nach Sellafield, ebenfalls durch Rheinland-Pfalz, ging durch die gesamte Presse. Die 227 vergleichbaren Atomtransporte zuvor hatte keine/n Medienfutzi interessiert. Da sich auch gegen diesen Transport Widerstand ankündigte, mußten die Verantwortlichen die Route kurzfristig statt über Neustadt - Kaiserslautern - Saarbrücken über Speyer nach Frankreich ändern.

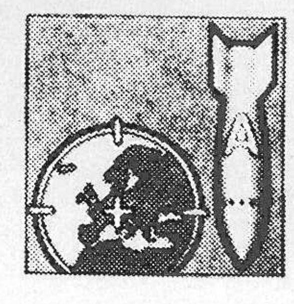


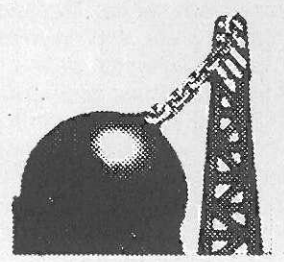
Uns erwarten in nächster Zeit weitere solcher Transporte. Über Jahre hinweg sollen ab 1997 jährlich etwa zwölf Transporte aus Frankreich nach Gorleben rollen. Der Geschäftsführer der „Gesellschaft für Nuklear-Service", Hawickhorst, hat für Herbst einen Sammeltransport aus Grundremmingen und Neckarwestheim (Baden-Württemberg) nach Gorleben angekündigt. Das, was der Bevölkerung gelassen wird, ist das „Restrisiko". Ein Begriff, der aus den Mündern von Politiker/innen und Atomlobbyist/inn/en, im Wissen welche Profite sich einige wenige davon versprechen, nur als ignorant und menschenverachtend begriffen werden kann. Der Kampf gegen Atommülltransporte ist auch ein Kampf gegen die Atommafia und ein Kampf für den Ausstieg aus der Atomenergie.





Die Proteste gegen den Ausbau der Atomindustrie sind nicht neu. Ob Brockdorf, Gorleben oder Wackersdorf, überall mußten oder sollten Atomprojekte gegen die dort lebende Bevölkerung polizeistaatlich durchgesetzt werden. Gewaltfreier und militanter Widerstand gingen häufig gemeinsam gegen diese menschenverachtende, aber profitbringende Technologie vor. Trotz massiven Öffentlichkeitskampagnen der großen Energiekonzerne und Abwiegeleien der regierenden politischen Parteien ist es nicht gelungen, die Gesellschaft in Bezug auf die Durchführung des deutschen Atomprogramms auf ihre Seite zu ziehen und diese Technologie in den Köpfen der Menschen durchzusetzen. Die Transporte sind nicht das einzige, was zur Zeit geplant und durchgeführt wird. So wird laufend an neuen Reaktorgenerationen gearbeitet, die für den Export in die neuen „Zukunftsmärkte" in Osteuropa und Asien bestimmt sind. Aber auch in Deutschland sollen bis zum Jahr 2005 acht neue AKW-Blöcke ans Netz gehen. Um den weiter produzierten Atommüll „bevölkerungsfreundlicher" endzulagern werden mittlerweile „Lösungen" in Osteuropa gesucht und teilweise auch gefunden, was ein Transport aus Lubmin/Greifswald im letzten Jahr nach Ungarn gezeigt hat. Solche Scheinlösungen, die Gefahren für ganze Generationen hier und weltweit bedeuten, tragen wir nicht mit. Deshalb muß unser Widerstand dem weltweiten Ausbau der Atomtechnologie gelten.





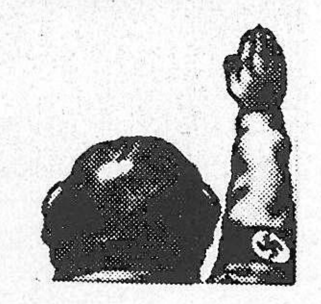
Wir stellen uns auch gegen den Bau und die Forschung an Reaktoren, die, wie der im Garching (Bayern) geplante FRM II, mit waffenfähigem Uran betrieben werden sollen. Solche sogenannten Forschungsreaktoren werden seit 1979 nicht mehr gebaut. Die BRD will den FRM II gegen den Einspruch der USA durchsetzen, ihre politische Macht demonstrieren und sich damit den Griff nach einer deutschen Atombombe erleichtern. Die deutschen Atomlobbyisten in Politik und Wirtschaft müssen den Gegenwind aus der Bevölkerung materiell zu spüren bekommen. Das für Generationen lebensgefährliche Atomprogramm ist begründet durch ihr Machtstreben als Energiemonopolisten. Sie wollen längerfristig internationale Vorreiter bei Forschung und Ausbau der Atomindustrie werden. Die Interessen der Bevölkerung werden einfach ignoriert, um die eigenen Profite zu sichern.
An dem Widerstand gegen die Atomtransporte nach Gorleben wird sich für uns wie für die Profiteure des Atomprogramms messen lassen, ob die Durchsetzung weiterer Atomprojekte hier möglich ist. Wir haben in Bezug auf die Transporte von Atommüll aus La Hague, die von der Deutschen Bahn AG ermöglicht werden, lange genug geschlafen und es nicht geschafft, einen effektiven Widerstand in unserer Region aufzubauen. Wir wollen, daß das nicht so bleibt. Wir werden nicht zulassen, daß weitere Atomtransporte aus La Hague ohne Anzeichen von Widerstand durch Rheinland-Pfalz fahren können. Die Solidarität mit den Menschen im Wendland und anderswo, wo Atommüll zwischen- oder endgelagert werden soll, und das Wissen über das „Restrisiko" der Transporte verpflichtet uns hier Widerstand gegen Atommülltransporte aufzubauen und uns für den Ausstieg aus der Atomkraft weltweit einzusetzen.





Dr. med. Max Otto Bruker

die Scharnierstelle zwischen Naturkostbewegung und Neonazi-Szene



Die Ende 1994 von Jutta Ditfurth ins Rollen gebrachte Debatte um den "Ernährungspapst" Max Otto Bruker ist wieder aktuell geworden: Der inzwischen 85jährige Arzt hält immer noch Vorträge in vollen Sälen, wie im April 1996 im Saalbau in Neustadt/Weinstraße.
Bekannt wurde Bruker durch seine zahlreichen Bücher, einige davon Bestseller, wie "Gesund durch richtiges Essen" und "Lebensbedingte Krankheiten", beide '82 und '89 im EMU-Verlag erschienen. In seinen "Werken" verbreitet er Themen unter ein weites Publikum, vom Öko bis zur Managerin. Seine LeserInnen befolgen gläubig seine dogmatische Ernährungslehre, die sich mit Frischkornbrei und Vollwertrohkostmenüs an Uropas Zeiten orientiert, als "die Welt noch in Ordnung war".
Nichtvertragen dieser Speisen oder Krankheit ist nach Brukers Ansicht Eigenverschulden, da mensch im ersten Fall womöglich vom Zucker gekostet hätte und im zweiten Fall zum Beispiel Krebs eine Strafe für Menschen wäre, die die "Warnsignale gegen die Eingriffe in die Schöpfungsgesetze" nicht mehr erkennen, sie werden "in einem Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit, durch Krankheit, insbesondere Krebs, liquidiert."
Bei korrekter Anwendung seiner Kochtips hingegen würde die Vermehrung des "deutschen Volkes" gefördert: Bei müsligestärkten Frauen bringen "...auch 15 Schwangerschaften, die hintereinander erfolgen, ebensowenig Gesundheitsschäden mit sich ... wie das bei im Freien lebenden Tieren der Fall ist." Denn: Nur unchristliche Frauen würden ein zweites Kind ablehnen, diese erziehungsmüden Müsliverweigerinnen oder gar Verhütungsmittelanwenderinnen werden, wieder durch "Protestaktionen der Natur", durch "Myome" und andere Plagen bestraft, oder besser noch, unfruchtbar, da sie das "Weiterbestehen der Art" gefährden, weil ihre "Nachkommen ... die Folgen ihrer gesundheitsschädlichen Lebensweise büßen müssen."
Wirklich richtig kann es eine Frau nur machen, wenn sie drei Kindern das Leben schenkt, da dies "...dem Kampf ums Dasein" mehr entspricht: "...bei drei Kindern sieht sich das eine meist einer Mehrheit von Zweien gegenüber."

Erst Jutta Ditfurth deckt mit ihrem Buch "Feuer in die Herzen - Plädoyer für eine ökologische linke Opposition" von '92 und mit der Enthüllungsreportage "Braunes Müsli - Über die Machenschaften des allseits beliebten 'Ernährungspapstes' Dr. med. Max Otto Bruker" von '94 die braune Vergangenheit und Kontakte des Bestsellerautors auf, und bringt sie an die Öffentlichkeit.
Bei ihren Recherchen findet sie Anhaltspunkte, daß Bruker Mitglied der SA und Anwärter für den Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebund, Mitbegründer der deutschen Sektion des "Weltbundes zum Schutze des Lebens" in den 60er Jahren, dort '67 bis '74 leitend tätig und schließlich '82 Präsident war, als sich rechtsradikale Tendenzen in der Führung des Bundes zeigten.

1972 bis '82 war Bruker Mitglied des "Wissenschaftlichen Beirates" der Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V. (GfbAEV), die bis '62 noch "Deutsche Gesellschaft für Erbgesundheitspflege" hieß und neben Alain de Benoist, dem französischen Führer der "Neuen Rechten" auch andere namhafte Mitglieder, wie den NPD-"Chefideologen" Rolf Kosieck, den Euthanasiearzt Gmelin und Jürgen Rieger (Staranwalt der Nazi-Szene, Revisionist und Propagandist der "reinrassigen Ehe") aufweisen. Von '73 bis '79 war er Kuratoriumsmitglied (Kuratorium = Aufsichtsbehörde) der rechtsextremen Bruderschaft Salem, deren Chef Gottfried Müller mit Ex-SS-Obersturmbannführer Hermann Kappler befreundet ist, und Förderer des Kinder- und Jugendhilfswerks Salem, das in den 80er Jahren wegen rechtsreaktionären bis faschistischen Ton der Publikationen und faschistischen Erziehungsmethoden (Einrichtung eines "Arbeitsdienstes" nach Vorbild des NS-Reichsarbeitsdienstes; Prügelstrafe) in Kritik geriet und der Hinterziehung von Millionenbeträgen an Spenden verdächtigt wird.

Auch sonst läßt sich's Bruker nicht lumpen: Er war tätig für die NPD-Grüne Liste Rheinland-Pfalz, pflegt Verbindungen zur rechtsextremen Frei-Sozialen-Union und war '81 Unterschreiber des "Aufruf der Fünfzigtausend: Ausländerstop jetzt !"
Mit zwei Klagen gegen Jutta Ditfurth versuchte Bruker die Vorwürfe zu dementieren: Juli '93 wegen "Feuer in die Herzen" und Anfang '95 gegen Ditfurth und den Max-Verlag wegen "Braunes Müsli". Letztere wurde am 11.05.95 vom 16. Oberlandesgericht Frankfurt bis auf einen von 25 Punkten gegen den Kläger entschieden. Trotz des Ausgangs der Prozesse verbreitet Bruker offensichtlich nach wie vor seine Klageschrift, ohne zu erwähnen, daß er verloren hat, publiziert weiterhin Bücher und hält immer noch Vorträge.
Bruker darf nicht länger ein Forum gewährt werden für die Verbreitung seiner von sozialen, gesamtgesellschaftlichen Bezügen losgelöste sozialdarwinistische Weltanschauung unter dem Deckmäntelchen einer Gesundheits- oder Ernährungsinformationsveranstaltung !

Der kurdische Kampf

Kurdistan - es gibt wohl kaum einen Aspekt im blutigen Konflikt, in dem die BRD kräftig mitmischt, den wir nicht schon in Artikeln in der K-Butt angesprochen hätten. Trotzdem halten wir es für notwendig, auch anläßlich der letztlich kriminalisierten Newroz-Feiern, dieses Thema nochmals aufzugreifen.
Fakt ist, daß ein Volk in seiner Heimat abgeschlachtet wird und als Konsequenz aus diesem Völkermord sich in einer Guerilla selbst organisiert. Das dies sogar völkerrechtlich legal ist, haben wir in der letzten Ausgabe der K-Butt bereits versucht darzustellen. Wir müssen immer wieder in aller Deutlichkeit die Schuldigen und erst recht die in der BRD benennen. Da ist zum einen Bundesaußenminister Kinkel, der die türkische Armee seit Jahren mit Hilfe von Waffen, Geld und Ausbildungshilfen für staatliche Mördertruppen aufrüstet und so der Türkei weiter dazu verhilft, den Krieg gegen KurdInnen zu führen. Zum anderen Bundesinnenminister Kanther, der in menschenverachtender Weise die Verschärfung des ohnehin zu harten Ausländerrechtes, die Ausweitung der Abschiebungen in den Folterstaat Türkei und die Erhöhung der Gewalt seiner Polizeischergen mit aller Macht vorantreibt. In diesem Zusammenhang steht auch das Verbot so ziemlich aller kurdischer Vereine und der PKK, was ebenfalls auf Kanthers Konto geht. Dieses Vorgehen ist Teil eines politischen Kalküls und provoziert jeden Menschen, der/die auch nur einen Funken Sinn für Gerechtigkeit hat.





Das vollkommen überflüssige Verbot der kurdischen Vereine, der Fahnen und der Bilder, der sichtbaren und friedlichen Zeichen ihrer politischen Identität sowie die gänzlich unverhältnismäßige, gewaltsame Durchsetzung dieser Verbote werden von der Bundesregierung entgegen aller Proteste weiter forciert. Das können und dürfen wir so nicht hinnehmen. Der kurdischen Bevölkerung muß die freie und politische Meinungsäußerung wieder ermöglicht werden, um auf den Genozid in ihrer Heimat Kurdistan hinzuweisen. Die Aufhebung der Betätigungsverbote für kurdische Vereine und Organisationen ist dafür unbedingt erforderlich.
Das Newrozfest als Zeichen des Freiheits- und Friedenswillens der KurdInnen wurde in den vergangenen Jahren nicht nur vom türkischen Militär immer wieder mit Gewalt überzogen, denn nun hat sich auch in der BRD die Tendenz zu Intoleranz und Repression endgültig in alltäglich gegenwärtige Praxis umgewandelt. Der Waffenstillstand der PKK wird von den KurdInnen bereits seit einem Vierteljahr eingehalten. Demgegenüber verfolgt das türkische Militär sein Geschäft der Vertreibung, Zerstörung und Vernichtung weiter. Und in Deutschland wird das einseitige Waffenstillstandsangebot von Öcalan in den Wind geschlagen und statt dessen das Verbreiten seiner Vorschläge als Werbung für eine terroristische Vereinigung denunziert und die Veröffentlichung von Greuelbildern, die türkische Soldaten mit den abgeschlagenen Köpfen kurdischer Menschen zeigen, als jugendgefährdend eingestuft und verboten.

Ihr müßt bedenken, daß die PKK, wie andere Befreiungsbewegungen, nicht vom Himmel gefallen ist, sondern das Resultat der Unterdrückung der KurdInnen in Türkei und BRD ist. Sie ist die Folge staatlicher Barbarei. Sie ist die Organisation der Kinder, deren Väter bei Razzien totgeschlagen und deren Mütter vergewaltigt wurden.
Zeigt euch solidarisch mit dem kurdischen Befreiungskampf wo Ihr nur könnt.
Weg mit Kanther und Kinkel, weg mit allen Verboten, hoch die internationale Solidarität.

Die „jugendgefährdende" und damit mit Veröffentlichungsverbot belegte Broschüre mit den Greuelbildern könnt Ihr beziehen über: Kurdistan Committee Belgium, Rue des Guildes 14, 1040 Brussels, Belgium, Tel: (32-2) 230 92 39, Fax: (32-2) 230 92 09.



Hetze á la „Stürmer" in der Tagespresse der BRD 1996

Der irische Kampf um Frieden und Gerechtigkeit

Seit über 700 Jahren wehrt sich das irische Volk gegen die englische Besatzung. Als nach einem Guerillakrieg Irland 1921 politisch unabhängig wurde, blieb die britische Besatzung in einem 6 Grafschaften mit protestantischer Bevölkerungsmehrheit umfassendem Kunstprodukt, „Nordirland" genannt, bestehen. Ende der 60er Jahre begann die katholische Minderheit sich gegen die fortgesetzte Unterdrückung zu wehren, die Irisch Republikanische Armee (IRA) nahm ihren Kampf um die Einheit Irlands und für eine sozialistisch Gesellschaftsordnung (wieder) auf. In den letzten Monaten gibt es wieder verstärkte internationale Aufmerksamkeit für den Konflikt. Hier nun eine Zusammenfassung der Geschehnisse der letzten zwei Jahre.

Am 9. Februar beendete die IRA ihren Waffenstillstand. Diesen hatte sie 17 Monate vorher verkündet, um Raum für Verhandlungen mit der britischen Regierung und für einen Friedensprozeß zu schaffen.

90 Minuten, nachdem die Erklärung der IRA-Führung zusammen mit einer Warnung an verschiedene Medien in Irland und Britannien gegangen war, explodierte in einem Finanzviertel im Londoner Osten eine Bombe, tötete zwei Menschen und verursachte einen Sachschaden von etwa 200 Millionen (!) DM.

In der Erklärung der IRA heißt es: „Nur sehr widerstrebend gibt die Führung der IRA bekannt, daß die vollständige Einstellung militärischer Operationen...endet. Wie wir am 31. August 1994 erklärt haben, war der Beweggrund für diese Einstellung, den demokratischen Friedensprozeß zu fördern und ihn durch die entschlossene Verpflichtung unsererseits zum Erfolg zu bringen.

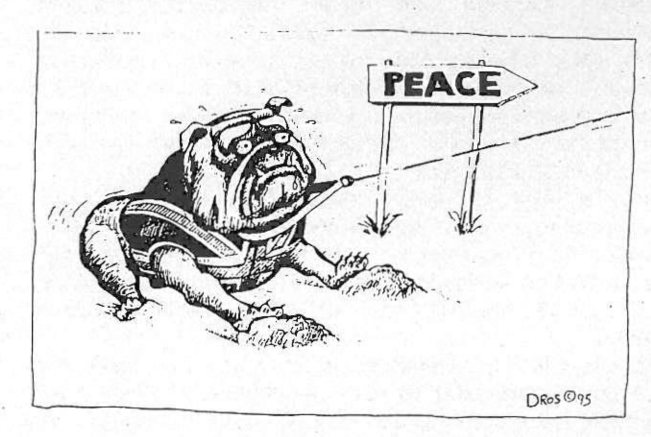
Wir haben auch deutlich gemacht, daß wir an die entstandene Möglichkeit, eine gerechte und dauerhafte Lösung zu erreichen, geglaubt haben. Die Einstellung des bewaffneten Kampfes stellte eine historische Chance für alle dar, und der Armeerat der IRA lobt die Führungen der nationalistischen Kräfte Irlands im In- und Ausland. Sie haben die Herausforderung angenommen, der britische Premierminister nicht.

Anstatt sie dem Friedensprozeß anzuschließen, hat die britische Regierung arglistig gehandelt; Major und die Führung der Unionisten haben die Chance zur Konfliktlösung vertan.

Immer wieder sind in den letzten 18 Monaten im Londoner Parlament eigennützige parteipolitische und sektierische Interessen über die Rechte der Menschen von Irland gestellt worden. Wir wiederholen an dieser Stelle unsere entschiedene Verpflichtung den republikanischen Zielen gegenüber. Die Lösung des Konfliktes in unserem Land bedarf der Gerechtigkeit. Sie erfordert eine umfassende Verhandlungsregelung. Diese ist solange nicht möglich, wie die britische Regierung ihre Verantwortungen nicht offen anerkennt.

Die Schuld für das bisherige Scheitern des irischen Friedensprozesses liegt offensichtlich bei John Major und seiner Regierung.

Armeerat - Oglaigh na hEireann (IRA)"



Um zu verdeutlichen, was die IRA mit ihren Vorwürfen gegen die britische Regierung meint, hier nun ein kurzer Rückblick auf die Geschehnisse seit der Verkündigung des Waffenstillstandes (zum geschichtlichen Hintergrund des Konfliktes in „Nordirland" siehe auch K-Butt Nummer 7):

Direkt nach der Verkündigung des Waffenstillstandes stellte sich die britische Regierung auf den Standpunkt, dieser müsse endgültig und vollständig sein und verlangte eine weitere Erklärung. Als die Unsinnigkeit dieser Spitzfindigkeiten klar wird, werden kleinere Zugeständnisse an die RepublikanerInnen gemacht. Das Medienverbot für Sinn Fein (der sogenannte politische Arm der IRA) wird aufgehoben, die Militärpräsenz in den Städten Derry und Belfast verringert (in den ländlichen Gebieten der 6 „nordirischen" Grafschaften aber erhöht). Erste Verhandlungen zwischen Sinn Fein und britischen Beamten beginnen. Als nach einer Regierungskrise in der Republik Irland der neue Premier John Bruton am Friedensprozeß festhält und einige Gefangene vorzeitig entlassen werden, wächst der Druck auf Major, endlich direkte Verhandlungen mit Sinn Fein aufzunehmen. Daraufhin entwickelt die britische Regierung eine neue Strategie. Erst müsse die IRA alle Waffen abgeben, dann erst könne es Verhandlungen geben. Daß diese Forderung unannehmbar war und ist, sollte eigentlich allen klar sein, da von einer gleichzeitigen Entwaffnung der britischen Armee und der loyalistischen Terrorgruppen natürlich keine Rede war.

Als eine internationale Vermittlungsgruppe unter Führung des US-Senators Mitchell den Vorschlag machte, die Waffenabgabe aller Gruppen nur parallel zu Allparteiengesprächen durchzuführen, folgte der letzte Streich der britischen Regierung. Sie kündigte für den 30. Mai 96 Wahlen für ein „Nordirisches" Parlament an, aus dem die VertreterInnen für „Allparteiengespräche" bestimmt werden sollen, ein Vorschlag der unionistischen Parteien, der von allen republikanischen Gruppen abgelehnt wird, da damit die protestantisch-unionistische Vormachtstellung festgeschrieben und jede Möglichkeit in Hinsicht auf eine Vereinigung Irlands verhindert würde.



Sinn Fein erklärte sich aber dann doch bereit, an diesen Wahlen teilzunehmen, wohl auch aufgrund von Druck aus der Bevölkerung, die diese Chance auf gerechten Frieden, so klein sie auch sein mag, nicht aus der Hand geben will. Bei diesen Wahlen erreichte Sinn Fein dann über 15% der Stimmen - ein sehr gutes Ergebnis. Sinn Fein stellt sich damit in Widerspruch zur IRA-Auffassung, was einige Spekulationen hervorgerufen hat. Denn ein erneuter Waffenstillstand, so hat die IRA klargemacht, kommt für sie nicht in Frage. Da dieses aber Vorbedingung der britischen Regierung ist, um Sinn Fein an den Gesprächen zu beteiligen, werden die „Verhandlungen", deren Vorsitzender der US-Senator Mitchell sein soll, was bei den LoyalistInnen für böses Blut gesorgt hat, am 10.6. ohne die republikanische Partei beginnen und damit von vorne herein sinnlos.

Was die IRA von der Taktik der britischen Regierung hält, hat sie in dem Anschlag vom 9.2. und drei darauffolgenden in London gezeigt. Daß die britische Regierung und die „Sicherheitskräfte" ein Interesse am Wiederaufleben des Konfliktes haben, wird an ihrer Reaktion auf die Bombenwarnung vom 9. deutlich. Obwohl vom Eintreffen der codierten Warnungen bis zur Explosion der Bombe 90 Minuten vergingen, hat die britische Polizei die Umgebung nur zum Teil evakuiert. Das Gebäude, in dem die zwei Menschen starben, wurde nicht geräumt. Bereits in der Vergangenheit wurde des öfteren nicht geräumt und somit der Tod von Menschen von den „Sicherheitskräften" bewußt in Kauf genommen. Bei der britischen Regierung haben die Bombenangriffe nicht zu einem Umdenken geführt - im Gegenteil. Major beharrt auf dem neuen Waffenstillstand der IRA, bevor es zu Verhandlungen kommen kann. Diese Forderung hat die IRA bereits abgelehnt, sie will sich nicht weiter unter Druck setzen und hinhalten lassen. Auch die Festnahme von 5 angeblichen IRA-Freiwilligen kurz nach den Wahlen hat nicht gerade für Ruhe in den 6 Grafschaften geführt.

Der Grund des Verhaltens der britischen Regierung wird klarer, wenn die Mehrheitsverhältnisse im britischen „Unterhaus" betrachtet werden. Die Abgeordnetenmehrheit Majors ist auf einen Sitz zusammengeschrumpft. Um an der Macht zu bleiben, braucht die konservative Regierung unbedingt die Stimmen der nordirischen unionistischen Abgeordneten. Und um diese zu behalten, wird dann eben der Friedensprozeß verhindert und alle Forderungen der UnionistInnen werden erfüllt.

Dabei bleibt festzuhalten, daß eine Lösung des Konfliktes in den sechs Grafschaften nur in London und bei der britischen Regierung liegen kann. Die IRA und die republikanische Bewegung haben ihren Friedenswillen 17 Monate lang intensiv unter Beweis gestellt, nun liegt es an Major, die nächsten Schritte zu tun. Sollte es keine Reaktion in der britischen Regierung geben, weder in Hinsicht auf Verhandlungen noch in der Frage der Gefangenen, für die sich die Situation in den letzten Monaten eher verschlechtert hat, dann wird die IRA wohl den Krieg weiter dahin tragen, wo er seinen Ursprung hat - in die (Finanz)Hauptstadt von „Großbritannien".

Major gerät weiter unter Druck, international z.B. durch Südafrika (Es gibt eine Zusammenarbeit zwischen Sinn Fein und dem ANC) oder die USA, wo Clinton sich in Hinblick auf irischstämmige WählerInnen für den Friedensprozeß einsetzt, wie auch national. Schon jetzt ist eine Mehrheit der BritInnen für die Loslösung von „Nordirland" aus dem „vereinigten Königreich".

Major (und sein Nachfolger) sollte einsehen, daß der Konflikt, der militärisch nicht zu gewinnen ist, nur durch faire Verhandlungen zu einem gerechten Frieden führen kann.

Die republikanische Bewegung will diesen Frieden, im Moment scheint es so, daß Major eine Fortführung des Krieges zum eigenen Machterhalt wichtiger ist.

AStA Uni Veranstaltungen Juni / Juli

DI 11.6. Vortrag: **Fußball & Rassismus**, Beginn 20 Uhr in Gebäude 46, HS 110
Dietrich Schulze-Marmeling über die Politik des DFB und rassistische Sportfunktionäre.

MI 12.6. **DUB-HOUSE-DISCO** im Kramladen ab 22 Uhr, Open End. DJ Meckie Messer, legendäre Cocktails, Eintritt frei!

DO 13.6. Vortrag: **Arbeitersport gestern und heute** in Gebäude 46 HS 110, Beginn 20 Uhr
Die Geschichte des Arbeitersports von den Anfängen bis heute, referiert von Dr. phil. Jens Klocksin, Politologe und Mitglied des Arbeiter Rad- und Kraftfahrerverbunds Solidarität.

MI 19.6. Spoken Word: **LEE HOLLIS & MARTIN BÜSSER** im Kramladen, Beginn 22 Uhr, Eintritt 1.-
Lee Hollis (Steakknife, ex-Spermbirds, ex-2Bad) und Martin Büsser (Testcard, ZAP) lesen aus aktuellen Texten. Danach Musik.

DO 20.6. Vortrag: **Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft**, Beginn 20 Uhr in Gebäude 46, HS 280
Biblische Erinnerungen und politische Ansätze zur Überwindung einer lebensbedrohenden Ökonomie. Referent: Ulrich Duchrow, Heidelberg. Eine Veranstaltung von ESG und AStA.

DO 20.6. Performance: **Fußball & Satire**, Beginn 20 Uhr, im Gebäude 46, HS 110
So werde ich Heribert Faßbender, mit den TITANIC-Autoren Jürgen Roth, Heribert Lenz, Thomas Gsella.

FR 21.6. **Schwulen & Lesben Fete** im Kramladen, ab 21 Uhr

MI 26.6. Vortrag: **Hochschulen und konservativer „roll-back"**, Beginn 20 Uhr im HS 46/110. Mit Ludwig Elm, Jena.

MO 1.7. Vortrag: **Globalisierung der Ökonomie und Stadtentwicklung**, Beginn 13.45 im Gebäude 1, HS 019
Metropolen im Umbruch. Referentin: Margit Mayer, Berlin.

FR. 5.7. **Acid-House-Party** im Kramladen, Beginn 22 Uhr, Eintritt frei. DJs Alexx, Markus Gauger, Nikman

MI 10.7. **DUB-HOUSE-DISCO** im Kramladen ab 22 Uhr, Open End. DJ Meckie Messer, legendäre Cocktails, Eintritt frei!

MO 15.7.- FR 26.7., 8-18 Uhr **Ausstellung:** 60. Jahrestag des Beginns des Spanischen Bürgerkrieges. Im Foyer 46

Der baskische Kampf um Frieden und Gerechtigkeit

Seit Jahrzehnten schon kämpft das baskische Volk um politische und kulturelle Selbstbestimmung. Führend in diesem Kampf sind ETA und die Partei Herri Batasuna, die bereits gegen die faschistische Franco-Diktatur Widerstand leisteten.
Doch auch nachdem der Diktator gestorben war und der von ihm eingesetzte König die bürgerliche Demokratie einführte, änderte sich wenig im spanischen Staat und im Baskenland (Euskadi). Die meisten Franco-AnhängerInnen blieben in ihren Ämtern, Industrie, Militär, Polizei und Geheimdienste unangetastet.
Die versprochene Unabhängigkeit Euskadis wurde von den neuen Herrschenden nicht zugelassen. Daraufhin nahmen die ETA- KämpferInnen den bewaffneten Widerstand erneut auf.
In den letzten Monaten hat sich nun die Situation im spanischen Staat und in Euskadi verschärft.
Einerseits sind die Haftbedingungen der politischen Gefangenen inzwischen unhaltbar geworden, andererseits konzentriert sich die spanische Justiz zur Zeit auf die Kriminalisierung der (legalen) Herri Batasuna.

Der Hungerstreik der Gefangenen

Am 15. Januar 96 begannen die ca. 580 Gefangenen aus dem baskischen Gefangenenkollektiv eine unbefristete Hungerstreikkette, der sich die 56 Gefangenen aus GRAPO/PCE(r) anschlossen.
Die Ziele des Hungerstreiks sind die Zusammenlegung in Euskadi, die Entlassung der haftunfähigen und derjenigen Gefangenen, die 2/3 ihrer Strafe abgesessen haben.
Die Zerstreuung der politischen Gefangenen ist seit dem EG-Beitritt des spanischen Staates herrschende Norm. Die damals noch bestehenden Gefangenengruppen wurden aufgelöst; heute sitzen die Gefangenen in über hundert verschiedenen Knästen und sind den bekannten Bedingungen der Isolationshaft unterworfen. Nur 7% von ihnen sitzen in baskischen Knästen, der Rest in bis zu 3000 Km entfernten.
Diesen Versuch, Besuche von FreundInnen und Angehörigen zu verhindern und die politische Identität der Gefangenen zu brechen, wollen diese nicht mehr länger hinnehmen.
Durch die Haftbedingungen und die allgemein bekannten Folterpraktiken der „Sicherheitskräfte" sind viele Gefangene unheilbar krank und absolut haftunfähig. Obwohl nach spanischem Recht allen haftunfähigen Gefangenen die Entlassung auf Bewährung zusteht, wird sie den politischen Gefangenen verweigert. Auch eine angemessene medizinische Versorgung wird ihnen nicht ermöglicht, was schon den Tod einiger Gefangener zur Folge hatte.
Die spanische Regierung hat bis jetzt nicht auf die Forderungen der hungerstreikenden Gefangenen reagiert, weder vor noch nach den Parlamentswahlen am 3. März. Auch auf ein Verhandlungsangebot von ETA wurde nicht eingegangen, außer mit der bekannten Forderung nach Waffenabgabe. Nur für die ÜberbringerInnen des Angebotes hatte die spanische Justiz eine Überraschung parat.

Die Kriminalisierung von Herri Batasuna (HB)

In einem Wahlkampfvideo von HB waren drei vermummte ETA-KämpferInnen aufgetreten und hatten einen Waffenstillstand angeboten, unter den Bedingungen der Amnestie und dem Rückzug von Polizei und Guardia Civil aus Euskadi. Dies sei die einzige Möglichkeit, den gewalttätigen Konflikt zu beenden und „eine neue demokratische Situation zu schaffen".
Daraufhin eröffnete die spanische Justiz ein Verfahren gegen HB-FunktionärInnen wegen „Unterstützung von und Zusammenarbeit mit einer terroristischen Vereinigung". (Auch der spanische Staat hat den deutschen Gesinnungsparagraphen 129a übernommen.)
Am 16. Februar verkündete der spanische Innenminister, er habe nun endlich genug Beweise, um Herri Batasuna und deren Jugendorganisation Jarrai zu verbieten.
Als die Verantwortlichen die folgenden Vorladungen ignorierten, wurden am 20.2. Jon Idigoras, der Sprecher von HB, und kurz darauf Floren Aoiz festgenommen.
Die Folgen waren Massenproteste und Straßenschlachten zwischen Jugendlichen und „Sicherheitskräften" in Euskadi.
Aber auch davon blieb die spanische Regierung unbeeindruckt.
Erst nach den Wahlen, die von der konservativen Partei gewonnen wurden, wurde bekannt, daß die PSOE, die seit dem Tode Francos regierende „sozialistische" Partei, kurz vorher ein neues Gesetz verabschiedet hatte, was allen „Sicherheitskräften" das Recht gibt, alle Aktionen gegen sogenannte TerroristInnen geheimzuhalten und auch alle Aussagen (zum Beispiel bei Gerichtsverfahren) zu verweigern. Damit wird eine Kontrolle der Folterer völlig unmöglich gemacht.

Die GAL Todesschwadrone

Dieses neue Gesetz ist wohl als Folge des Bekanntwerdens der GAL Todesschwadrone zu werten. Diese staatlich inszenierten Mörderbanden aus Guardia Civil und anderen Diensten hatten in den Jahren 1983 bis 87 mit Duldung und Unterstützung der spanischen Regierung mindestens 29 vermeintliche ETA AktivistInnen in Frankreich ermordet und etliche Anschläge verübt. Als Frankreich wieder begann, vermeintliche ETA AktivistInnen an den spanischen Staat auszuliefern, verlegte die GAL („Antiterroristische Befreiungsgruppe") ihre Aktionen wieder nach Euskadi.
Auch der Ministerpräsident Gonzales wird verdächtigt, die GAL unterstützt und sogar befehligt zu haben. Da er vor kurzem aber von der Justiz einen Persilschein erhalten hat, konzentrieren sich die Gerichte nun auf andere Politiker und Regierungsbeamte, allesamt Mitglieder der PSOE. 1991 wurden bereits zwei Polizeiinspektoren wegen 6fachen Mordes zu je 108 Jahren Gefängnis verurteilt, haben aber seit 95 einen Freigängerstatus, nach dem sie nicht mal mehr nachts in den Knast müssen, was wohl vor allem daran liegt, daß sie ihre Hintermänner vor Gericht gedeckt hatten. Aber nach dem neuen Gesetz werden jetzt wohl die anderen bereits verhafteten Mörder und ihre Befehlshaber, unter ihnen der damalige Chef der Staatssicherheit, Vera, dessen engster Mitarbeiter sowie der damalige Poplizeichef von Bilbao, aufgrund von Aussageverweigerungen straffrei ausgehen.

An den Folterpraktiken der spanischen „Sicherheitskräfte" ändern diese Untersuchungen sowieso nichts. Jahr für Jahr kann mensch, sogar in den Folterberichten des Europarates, nachlesen, was für vermeintliche ETA-Mitglieder, HelferInnen oder andere Verdächtige die im spanischen Staat gängige Praxis ist: die Folter mit allen Mitteln, um an „Geständnisse" oder Denunziationen zu kommen.



Benjamin Ramos Vega

Ein Opfer dieser unter Folter erpreßten Aussagen ist Benjamin Ramos Vega, der seit Januar 1995 in Berlin in Auslieferungshaft saß und am 5. Juni 96 ausgeliefert worden ist.
Ihm wird von der spanischen Justiz vorgeworfen, eine Wohnung in Barcelona angemietet zu haben, die von ETA benutzt worden sein soll. Diese Vorwürfe beruhen auf den „erfolterten" Aussagen eines angeblichen ETA-Mitgliedes, die dieser aber alle vor dem Haftrichter widerrufen hat. Aufgrund ähnlicher Vorwürfe wurden im spanischen Staat schon Menschen zu 8 und mehr Jahren Gefängnis verurteilt.
Auch B.R. Vega droht jetzt nach der Auslieferung die Folter der Guardia Civil.
Dazu kommt noch der angegriffene Gesundheitszustand von Benjamin. Er ist HIV positiv und der Ausbruch der Krankheit wäre in einem spanischen Knast gleichbedeutend mit seinem sofortigen Tode, da eine vernünftige ärztliche Betreuung unmöglich ist.
Gegen die drohende Auslieferung wehrten sich Benjamin und seine UnterstützerInnen mit allen Mitteln. Nachdem das Berliner Kammergericht seine Auslieferung für rechtmäßig erklärt hatte, ging Benjamin für zwei Wochen in den Hungerstreik, um dagegen zu protestieren. Nachdem seine AnwältInnen diesen Beschluß Verfassungsbeschwerde eingelegt hatten, was aufschiebende Wirkung hat, beendete er den Hungerstreik am 13.1.96.
Die Entscheidung des BVG, die am 4. Juni, also direkt vor der Auslieferung nach Madrid, veröffentlicht wurde, hat sich, wie es zu befürchten war, die Argumentation der Berliner Kammer und deren Vorsitzenden, Richter Nöldeke, zu Eigen gemacht. Diese Kammer hatte entschieden, daß eine einfache Erklärung des spanischen Staates, bei ihnen würde nicht gefoltert, ausreichend ist, um Benjamin ausliefern zu können. Auch der Antrag auf politisches Asyl von Benjamin wurde mit ähnlicher Begründung abgelehnt.
Noch am Montag, den 3. Juni, hatte das Berliner Verwaltungsgericht, das für den Widerspruch gegen die ablehnende Asyl-Entscheidung zuständig ist, verkündet, daß es noch Monate dauern werde, bis es eine Entscheidung treffe, sich aber auf die BVG-Entscheidung stützen würde.
Aber auf eine ablehnende Entscheidung des BVG war Benjamin vorbereitet. Er hatte angekündigt, bei negativer Entscheidung sofort in den Hunger- und Durststreik(!) zu gehen. Das dürfte eigentlich Richter Nöldeke freuen, hatte der doch vor einigen Jahren vorgeschlagen, hungerstreikenden politischen Gefangenen sofort das Trinkwasser zu entziehen, um sie gefügsam zu machen. Er hatte aber zusammen mit den Knastarzt von Berlin-Moabit, wo Benjamin in Isolationshaft saß, eine andere Strategie gefunden. Benjamin sollte vom ersten Tag seines Streiks an zwangsernährt werden, da der Gefangene bei einem solchen Streik „in etwa 5 Tagen stirbt". So sollte nun Benjamin die Möglichkeit genommen werden, die letzte Waffe eines politischen Gefangenen zu nutzen.
Aber dann kam es doch ganz anders. Die deutsche Justiz machte kurzen Prozeß und zwang Benjamin am Mittwoch, den 5.6. in das Flugzeug nach Madrid, wohl auch, um eine erneute Solidarisierung hier zu verhindern und die Justiz des spanischen Staates, deren Hilfe bei der Auslieferung der angeblichen Reemtsma-Entführer gebraucht wird, freundlich zu stimmen.
Als Antwort darauf kann nur unsere weitere Solidarität mit Benjamin stehen. Wir werden seine Behandlung und seinen Prozeß genau beobachten !

Freiheit für Benjamin Ramos Vega !
Freiheit für alle politischen Gefangenen !

Die Freiheit für Mumia Abu-Jamal und ein faires Wiederaufnahmeverfahren

Den Negerjugendlichen und Gemäßigten muß zu verstehen gegeben werden, daß sie, wenn sie revolutionären Lehren erliegen, tote Revolutionäre sein werden

FBI-Chef J. Edgar Hoover 1968



Das Counter Intellegence Program (COINTELPRO)
Aus allen Regierungsebenen der USA werden riesige Mittel für staatliche Repression vor allem in Polizei und Geheimdienste gesteckt. Die Verfolgung des politischen Widerstands, von Martin Luther-King und Malcolm X bis zu Befreiungsbewegungen wie der BPP ist Teil des mörderischen COINTELPRO; auf deutsch etwa Gegenspionage-Programm. Es wurde, nachdem die Arbeit von CIA, FBI und anderen Geheimdiensten durch ein Urteil 1956 eingeschränkt wurde, vom FBI entwickelt und umgesetzt - bewußt ohne jegliche gesetzliche Grundlage oder Legitimation. Durch verschiedenste Akten kamen die Machenschaften des FBI ans Tageslicht. Mitte der 70er Jahre wurde das Programm angeblich beendet, aber mit Sicherheit (unter anderem Namen) fortgeführt. Die Verfolgung linker Opposition ist unvermindert weitergegangen. Die Ziele von COINTELPRO waren und sind die Aufdeckung, Diskreditierung, Neutralisierung und Zerschlagung des politischen Widerstands. Ihre Methoden reichen von illegaler Überwachung, Erpressung, Urkundenfälschung, Zeugenbeeinflussung, Beweismittelfälschung bis zum Mord. Im Zuge von COINTELPRO wurden in den USA mehr als 30 Mitglieder der Panther umgebracht, und viele weitere sitzen noch heute als politische Gefangene in den Knästen der USA.

Ausstellung "art against death"
Für Mumias Leben und Freiheit und die Abschaffung der rassistischen Todesstrafe setzen sich auch 125 politische Gefangene mit der Wanderausstellung "Kunst und Texte gegen die Todesstrafe und für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal" ein. Die Ausstellung startete im Dezember 1994 in New York durch Bundesstaaten der USA, durch Frankreich, Italien, Niederlande und ist derzeit in Deutschland unterwegs. Bilder, Objekte, Texte und Gedichte von politischen Gefangenen aus den USA, der BRD, aus Frankreich, Belgien, Spanien, Irland, Dänemark, Italien, Chile und Peru waren bzw. sind noch in Köln, Saarbrücken, Wuppertal, Bremen, Hamburg (30.5.-8.6.), Wendland (9.6.-18.6.), Berlin (19.6.-28.6.), Marburg (29.6.-8.7.), Stuttgart, Schwäbisch Hall, Tübingen (9.7.-19.7.) und Wiesbaden (20.7.-30.7.) zu sehen. Danach geht's weiter nach Spanien, Großbritannien und Südafrika. Die politischen Gefangenen wollen mit ihrer Kunst Menschen motivieren, die Ermordung Mumias zu verhindern und die Situation und die Kämpfe von politischen Gefangenen in den USA und weltweit einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Neben der finanziellen Beteiligung an Mumias Prozeßkosten durch den Verkauf ihrer Werke, ist ein Ziel, Solidarität mit und unter den politischen Gefangenen international zu erreichen.

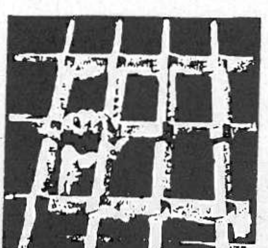
Keine Zeitung, die einen linken oder fortschrittlichen Anspruch hat, berichtete nicht über den zum Tode verurteilten schwarzen Journalisten und ehemaligen Informationsminister der Black Panther Party (BPP) in Philadelphia, Mumia Abu-Jamal. Am 24. April verbrachte Mumia Abu-Jamal zum 15. Mal seinen Geburtstag im Knast. Inzwischen ist es um ihn und seine Situation wieder stiller geworden. Ab und an hören wir noch von Veranstaltungen mit Lesungen aus seinen Artikeln. Seine Hinrichtung wurde im August 1995 nur aufgeschoben, von heute auf morgen kann Mumia Abu-Jamals Leben wieder akut bedroht sein.

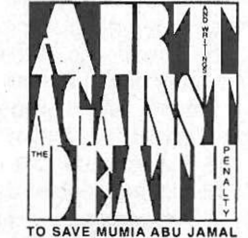
700 Seiten FBI-Akten über Mumia Abu-Jamal
Seit Mumia mit 15 Jahren der BPP beitrat, stand er im Fadenkreuz von Bullen, der Bundespolizei FBI und US-Geheimdiensten. Dies beweisen 700 Seiten FBI-Akten, die Mumia letztes Jahr geschwärzt und unvollständig ausgehändigt bekam. Rund um die Uhr wurden seine Schritte an Schule und Arbeitsplatz, bei Demonstrationen und politischen Veranstaltungen überwacht. Sein Name wurde in zwei Abschußlisten der Regierung aufgenommen, wo diejenigen festgehalten werden, die die "nationale Sicherheit" bedrohen und im "nationalen Notstand" verhaftet werden sollen. Wiederholt wurde versucht, Mumia Anklagen wegen schwerer Verbrechen - darunter auch Mord - anzuhängen. Nach dem Mord am Gouverneur der Bermudas, Richard Shaples, 1973 versuchte z.B. der amtierende FBI-Direktor, Mumia mit dem Mord in Verbindung zu bringen: "Aufgrund von Cooks [Mumias Geburtsname] Werdegang als schwarzer Extremist, seiner möglichen Verwicklung in die Stadtguerilla-Aktivitäten der Black Liberation Army und, weil er am Goddard College ist, wo auch schwarze Extremisten von den Bermudas hingehen, sollte die Ermittlung seines Aufenthaltsortes verschärft werden und sollten Anstrengungen unternommen werden, um festzustellen, ob er während des Wochenendes vom 9. - 11. März 1973 außer Landes gewesen ist" und damit für den Mord in Frage kommen kann. Ein Besuch von einem Genossen aus Bermuda bei Mumia hatte das FBI offensichtlich auf die Idee kommen lassen, dieses Konstrukt aus Lügen und versteckten Andeutungen aufzubauen. Mumia war zu der fraglichen Zeit zuhause, was glücklicherweise sein Arbeitgeber bestätigen konnte. Ansonsten hätte der Staat Mumia schon früher einen Mord in die Schuhe schieben können. Gleichzeitig wird im zitierten Satz Mumia unterstellt, ein Stadtguerillero der Schwarzen Befreiungsarmee Black Liberation Armee (BLA) zu sein, was schlicht erfunden ist. Menschen, die verdächtigt werden, in der BLA zu kämpfen, gelten als so gefährlich, daß sie "zum Abschuß freigegeben" sind. Das galt auch für Mumia. Bei einer Personenkontrolle am 9. Dezember 1981 auf einer Straße in Philadelphia wird sein Bruder von Bullen schikaniert. Mumia greift ein und wird in der darauf folgenden Schießerei von einem Bullen in die Brust geschossen und liegengelassen, so daß er fast verblutet. In der Nähe wird ein Polizist verletzt gefunden, der später stirbt. Mumia wird beschuldigt diesen ermordet zu haben. Einziger "Beweis" scheint das Mao-Zitat "Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen" zu sein, das Mumia in einem Interview 1970 verwendet hat und das in Mumias Prozeß immer wieder als Argument der Staatsanwaltschaft herhalten mußte. Das FBI setzte nach Mumias Verhaftung seine Arbeit fort. 1991 versuchten sie z.B. den Besuch eines deutschen Menschenrechtsaktivisten bei Mumia im Knast mit dem "Maschinengewehrüberfall auf die amerikanische Botschaft" in Bonn im gleichen Jahr, zu dem sich die RAF bekannte, in Verbindung zu bringen. Mumia Abu-Jamal ist natürlich kein Einzelfall.



"YOU CAN MURDER A REVOLUTIONARY BUT YOU CAN'T MURDER REVOLUTION"

Warum auch und gerade Mumia Abu-Jamal Ziel staatlicher Repression wurde
Die FBI-Akten bescheinigen Mumia bezeichnenderweise "keinen Hang zu Gewalttätigkeit", aber auch, daß seine Texte "die BPP gut aussehen ließ, weil seine Herangehensweise sehr positiv war". Unliebsam waren dem FBI auch Mumias Reden auf Kundgebungen. Alle möglichen Reden und Artikel archivierten sie sorgfältig. Mumias (radio-)journalistische Fähigkeiten und seine Redegewandtheit machten ihn gefährlich. Sie sind mit die Hauptgründe, warum Mumia Abu-Jamal verhaftet und zum Tode verurteilt wurde. Auch hinter den Knastmauern arbeitet Mumia journalistisch weiter und trotzt der staatlichen Repression und rassistischen Unterdrückung, die im Knast nicht weniger Teil der herrschenden Verhältnisse sind.
Mumia Abu-Jamal soll ermordet werden, weil er offensiv und auch noch im Knast für die Emanzipation der Schwarzen eintritt. Am 9. Februar d.J. legten Mumias Rechtsanwälte in seinem Namen gegen das Urteil Berufung beim Obersten Gerichtshof von Pennsylvania in Philadelphia ein. Ziel ist ein faires Wiederaufnahmeverfahren, sein Leben und seine Freiheit. Auf 119 Seiten wird dargelegt, was in Mumias Prozeß, in seiner Anhörung zum Wiederaufnahmeverfahren und in den Ermittlungen der Polizei alles unregelmäßig, schräg und falsch lief. Zum Beispiel sein inkompetenter Pflichtverteidiger von 1982, der noch nie zuvor an einem Todesstrafenprozeß teilnahm und der Anklage argumentativ in die Hände spielte. Oder die Voreingenommenheit des Richters Sabo und dessen Verhalten gegenüber Mumias jetzigen Anwälten und seine Kumpanei mit der Staatsanwaltschaft, und die Anwesenheit der rechten Polizeibruderschaft FOP mit geladenen Waffen "um mich zu beschützen" (Sabo, ehemaliges Mitglied der FOP). Oder das Aufdecken von verfälschten Indizien, von manipulierten und erpreßten Zeugen, von sich selbst widersprechenden Polizeizeugen und von nicht gehörten Entlastungszeugen, die laut Anklage offiziell in Urlaub waren, aber von der Staatsanwaltschaft gebeten wurden, über die Dauer des Prozesses nicht zu verreisen, damit sie - wenn es für die Anklage günstig erscheint - vernommen werden könnten. Oder zerstörte oder verschwundene Beweisstücke, z.B. das Kugelfragment des tödlichen Geschosses. Oder oder oder. Das alles beweist, daß Mumia niemals ein rechtsstaatliches Verfahren hatte.





Seelentod

Über das "Leben" hinter Gefängnismauern ist viel gesagt und geschrieben worden. Manche schreiben über die plötzlich aufflammenden Gewaltausbrüche, denn solche Themen sichern ihnen die Aufmerksamkeit der Leser. Andere wieder spielen die Rolle der Gewalt herunter, weil sie befürchten, die Leser könnten die düsteren Bilder, die so weit von ihren eigenen Erfahrungen entfernt sind, schlicht für unglaubwürdig halten. Wie immer liegt die Wahrheit irgendwo in der Mitte.
Daß Gefängnisse ein Nährboden für Gewalt sind, läßt sich nicht leugnen. Doch sie bricht nicht täglich offen aus. Das eigentlich schreckliche am Gefängnis sind die tagtäglichen banalen Vorkommnisse, die Tage in Monate, Monate in Jahre und Jahre in Jahrzehnte verwandeln. Das Gefängnis ist in jeder Sekunde ein Angriff auf die Seele, eine tagtägliche Erniedrigung des eigenen Selbst, ist wie eine übergestülpte Glocke aus Stein und Eisen, unter der Sekunden zu Stunden und Stunden zu Tagen werden. Wenn ein Mensch in dieses ferne Nirgendwo verbannt ist, scheint die Zeit stillzustehen. Doch sie tut es natürlich nicht wirklich. Die Kinder draußen werden erwachsen, kriegen oftmals selber Kinder. Einst von Liebe erfüllte Beziehungen zerfallen zu Staub. Verwandte sterben und werden in stiller Einsamkeit betrauert. Zeiten, Stimmungen und Sitten ändern sich, und die Eingesperrten bewegen sich in einem längst vergangenen Rhythmus.
Psychisch eingesponnen in einen Kokon der Selbstverleugnung werden die Schlechten schlechter und nähren sich wie die Aasgeier vom Bösen. Wer schon Verletzungen in sich trägt, dem wird noch mehr Leid zugefügt, und wer schon vorher ein bißchen verschroben war, der wird völlig verdreht. Leere, unproduktive Stunden werden zu Jahren des Nichts. Das ist das rauhe Antlitz der "Besserung" in unserer Zeit, die niemanden bessert, aus der niemand besser herauskommt als er hineingegangen ist. Das ist das Gesicht der "Besserung", die einer sozialen Gruppe Bildung verwehrt, deren Analphabetenrate auf 60 Prozent geschätzt wird.
Die abstumpfende und Gefühle tötende, brutale Monotonie, die jeden Tag zum Echo des vorhergehenden macht und weder den Gedanken an Weiterentwicklung noch die Hoffnung darauf zuläßt, macht das Gefängnis zu einem Ort, an dem die Seele stirbt - für über eine Million Männer und Frauen, die derzeit in den Höllenkerkern der USA festgehalten werden. Welchem gesellschaftlichen Interesse dient es, wenn Gefangene weiter Analphabeten bleiben? Welcher gesellschaftliche Nutzen liegt in Unwissenheit? Wie sollen Menschen während ihrer Gefangenschaft gebessert werden, wenn ihnen Bildung verweigert wird? Und wer, außer dem Gefängnissystem selbst, profitiert von dummen Gefangenen?

aus: Mumia Abu-Jamal "... aus der Todeszelle", Agipa-Press, Bremen 1995. Dieses Buch ist inzwischen in den USA auch als Paperback erschienen und bereits in fünf Sprachen übersetzt.

Radikal - When The State Silences

Grußadresse von Mumia Abu-Jamal

Die Pressefreiheit gehört denjenigen, die im Besitz einer Presse sind. (Sprichwort)

Ist es nicht erstaunlich, daß die bürgerlichen Demokraten, die sich einerseits gegenüber aller Welt mit ihren erhabenen „Freiheiten" brüsten und mit diesen Freiheiten angeben, gleichzeitig ihre einheimischen Dissidenten unterdrücken?
Der Versuch, radikal, eine unabhängige deutsche linke Zeitschrift, zum Schweigen zu bringen, sowie die Festnahmen der radikalen Journalisten Werner Konnerth, Rainer Paddenberg, Andreas Ehresmann und Ralf Milbrandt mit Hilfe der drakonischen §129/129a-Gesetze des deutschen Staates, sind die letzten Nägel in den Sarg der Überreste einer sogenannten „freien Presse".
Wo bleibt die internationale Empörung der BürgerrechtlerInnen in den imperialistischen Staaten? Wo bleiben die Protestschreie angesichts der Inhaftierung der 4 radikal-Gefangenen, die das „Verbrechen" begingen, etwas zu schreiben, was die Regierung nicht gedruckt sehen will?
Natürlich stehen die Angriffe auf radikale JournalistInnen in einem soziopolitischen Zusammenhang, wo westliche Regierungen, als „liberale Demokraten" maskiert, dabei sind, ihre Maschinerie der gesellschaftlichen Repression gegen die Marginalisierten, gegen die militante Linke, gegen nationale und gesellschaftliche Minderheiten, gegen eine zunehmend arbeitslose Arbeiterklasse sowie gegen die Armen einzusetzen.
Die Hausdurchsuchungen durch Regierungstruppen wegen radikal, der Gruppe K.O.M.I.T.E.E. und AIZ (Antiimperialistische Zellen) sind eine Einschüchterungstaktik, die dazu dienen soll, Angst zu verbreiten und jeglichen Dissens gegenüber dem Staat durch Kriminalisierung zum Schweigen zu bringen.
Der gewünschte Effekt derartiger Angriffe ist es auch, das Infragestellen des offiziellen Diskurses zu unterdrücken.
Der verstorbene radikale Priester/Psychologe Ignacio Martín-Baró aus El Salvador schrieb (kurz vor seiner Ermordung durch eine von den USA ausgebildeten Todesschwadrone), daß eine der wichtigsten Phasen im revolutionären Prozeß das Entstehen eines kritischen Bewußtseins innerhalb der Bevölkerung war - als die Menschen begannen, den offiziellen Diskurs in Frage zu stellen. Das war der Beginn einer Phase voller revolutionärer Möglichkeiten.
Was passiert, wenn der Staat diese Fragen unterdrückt? Wenn der Staat versucht, das Entstehen eines derartigen Bewußtseins durch offenen Staatsterrorismus zu stoppen? Werden sie diese Entwicklung dadurch behindern?
Das ist die Frage, die sich radikalen AktivistInnen da drüben und hier stellt; aber auch für die 4 + 1 (Ulf Bündermann - im Knast, weil er sich geweigert hat, Aussagen über einen Freund zu machen) radikal-Gefangenen.
Das ist gleichzeitig auch die Herausforderung an uns: Freiheit für die 5 radikal-Gefangenen ! Für eine freie Presse, für freie Menschen ! Weg mit der staatlichen Zensur ! Radikaler Journalismus ist niemals ein Verbrechen, sondern eine Verpflichtung !

aus der Todeszelle, Mumia Abu-Jamal; 16.12.1995

Verkehrte Welt

die schreien
sind stumm
die handeln
bluten
die freien
sitzen hinter Gittern
die leben
werden getötet
wenn wir weinen
werden sie lachen

Sie schweigen
zu unseren Schreien
weil wir bluten
werden wir handeln
wir sind eingesperrt
weil wir frei sind
Sie sagen uns tot
solange wir leben
wenn wir lachen
weinen wir

Natürlich haben wir
Angst
Natürlich werden Sie uns
Fürchten

ce

Film und Diskussion zu Politik und Kultur:

АЛЕКСЕЙ ГАН.

ДА ЗДРАВСТВУЕТ ДЕМОНСТРАЦИЯ БЫТА!

Seit Mai 1993 zeigt der AStA der FH/Referat "Arbeit und Technik" zusammen mit KOK-Roaches (Kultur ohne Kommerz) ein regelmäßiges, kostenloses Filmprogramm.
Wir wollen ein alternatives Programm zu den bestehenden Filmangeboten der kommerziellen Kinos anbieten, wobei wir nach den Filmen auch über das Gesehene diskutieren ; also kein reines "Konsumprogramm".

Schwerpunkte in der Auswahl der Filme und Dokumentationen sind Themen wie :

- **Frauenbewegung**
- **Antifaschismus**
- **ArbeiterInnenbewegung**
- **"DritteWelt"/ Internationalismus**
- **Ökologie**
- **Filme/Reportagen zu aktuellen politischen Ereignissen**

Auch Spielfilme ohne direkten politischen Bezug gehören in unser Programm.

Da wir Euch unsere Filmauswahl nicht aufdrücken wollen, bitten wir Euch, Film- oder Themenvorschläge in unsere Arbeit einzubringen.

Wir zeigen die Filme:

*** immer Montags**
*** immer 20 Uhr**
*** immer kostenlos**

im Hörsaal H2 der Kammgarn

Bleibt radikal

Seit der letzten K-BUTT-Ausgabe hat sich einiges im Verfahren gegen die 8 angeblichen „radikal"-MacherInnen getan. Vier Leute sind immer noch untergetaucht, ihre Haftbefehle bestehen weiterhin. Anders bei den vier Männern, die in U-Haft saßen. Ihre Haftbefehle wurden am 5. Dezember 95 außer Vollzug gesetzt und sie wurden gegen je 20.000 DM Kaution freigelassen. Sie dürfen nicht ins Ausland reisen, müssen sich dreimal in der Woche bei den Bullen melden (seit Februar nur noch einmal) und durften auch bis Februar keinen Kontakt untereinander aufnehmen !
Doch auch diese Schikanen konnten sie nicht daran hindern, am 16.12. an der bundesweiten Demo „linksradikal ins nächste Jahrtausend" in Hamburg teilzunehmen. Die über 5000 TeilnehmerInnen forderten die Freiheit für alle politischen Gefangenen und die Einstellung aller Verfahren nach §§ 129/a. Da die Demo von den Bullen gestoppt und nicht in die direkte Innenstadt gelassen wurde, mußten die OrganisatorInnen sie verkürzen, wodurch nicht alle geplanten Redebeiträge (u.a. Von der Autonomen Antifa (M) und Ursel Quack) gehalten werden konnten.
Die vollständige Dokumentation aller Redebeiträge kann bei der Soligruppe, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg bestellt werden.
Am 19.12. kam es dann zu 5 weiteren Durchsuchungen in Dresden, Bremen, Kiel, Münster und Braunschweig, bei denen wieder einiges beschlagnahmt wurde. Ob aus diesen aber auch noch Verfahren werden, ist nicht abzusehen.
Das Verfahren gegen die vier angeblichen „radikal" Hersteller wird wohl Anfang nächsten Jahres in Koblenz vor dem OLG beginnen. In Koblenz deshalb, weil die abgehörte Hütte, in der sich die 8 Verfolgten getroffen haben sollen, in Rheinland-Pfalz steht und damit der Staatsschutzsenat in Koblenz für den Prozeß zuständig ist. Auf die abgehörten Treffen gründet sich das ganze Verfahren. In der Hütte sollten sich angeblich Mitglieder der RAF treffen, der „Zufallsfund radikal-MacherInnen" wurde dann ab Herbst 93 zu einer Großüberwachung genutzt, die am 13.6.95 zu den bundesweiten Durchsuchungen und Festnahmen führte.
Die AnwältInnen der vier haben inzwischen 88 der insgesamt mindestens 110 (!) Ordner mit Verfahrensakten bekommen, davon sind 800 Seiten nur Abhörprotokolle.
Allein das Durcharbeiten dieser Papierberge kostet einiges an Zeit und damit auch an Geld. Wenn also eine/r ein wenig Kohle übrig hat, sollte sie/er diese überweisen auf das Konto der „Rote Hilfe e.V." Nr.719 007 56 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00.
Weitere aktuelle Informationen findet ihr in der Zeitung gegen die Verfahren wegen RADIKAL, K.O.M.I.T.E.E., AIZ und RAF, „radikale Zeiten"



Ich/wir abbonieren die radikalen Zeiten ab der Nr.
Name:

Vorname:

Straße/Ort:

Unterschrift:

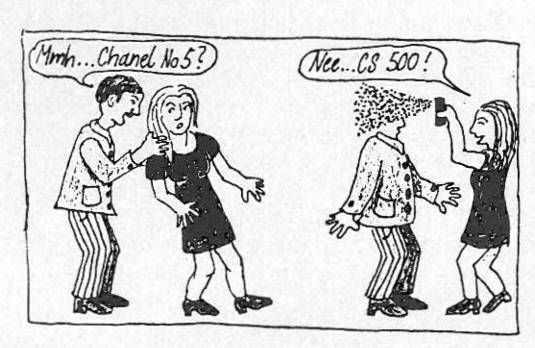
VerteilerInnenpreise:
bis 10 Exemplare 50 Pfennig (+ 1.50DM Porto)
bis 30 Exemplare 40 Pfennig (+ 3.-DM Porto)
bis 100 Exemplare 30 Pfennig (+ 7.-DM Porto)
ab 100 Exemplare 20 Pfennig (+ 10.-DM Porto)
Spenden- und Abokonto: Stichwort Zeitung
Kellermann BfG Bank BLZ 212 101 11 Kto-Nr.242 178 990 0
Redaktion „radikale Zeiten" c/o ID-SH
Bahnhofstr. 44
24534 Neumünster

- ZEITTRENDS -

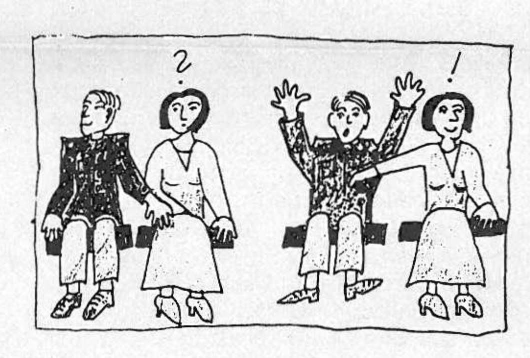
von unserer Mitarbeiterin $

Wieder in: das kleine Schwarze - zeitlos und zweckmäßig für jeden Anlaß ...

Egal, ob für Cocktailparties ...



... Theaterbesuche ...



... Betriebsfeiern ...



... Kneipenabende ...



... Familientreffen ...





... das kleine Schwarze kommt immer an! Das Accessoire für die Frau von heute!

Solidarität mit Bernhard und Michael

Zuerst hieß es, Rechtsextremisten seien am 25. Februar 1996 vorläufig festgenommen worden. In den 11-Uhr-Radio-Nachrichten sprachen sie von zwei Linksextremisten, die verhaftet wurden, weil in deren Auto Sprengstoff vermutet wurde. Dies verbreitete die BILD-Zeitung mit einem Vorabartikel, der von der Bundesanwaltschaft (BAW), der Lanciererin dieser und kommender Meldungen, genausowenig bestätigt wurde wie der spätere dpa-Bericht, die beiden Festgenommenen seinen Mitglieder der Antiimperialistischen Zellen (AIZ). Eine indirekte Bestätigung folgte erst mit dem Haftbefehl: "Mitgliedschaft in der AIZ (spätestens seit Dezember 1995) in Tateinheit mit Sprengstoffverbrechen".

Der Haftbefehl stützt sich hauptsächlich auf angebliche Bewegungen von Michaels Auto. So sei es zwei Stunden vor dem Anschlag auf den Peruanischen Honorarkonsul in Düsseldorf dort festgestellt worden; ebenso einige Stunden später nach dem Anschlag in Göttingen, von wo aus das Bekenner/innenschreiben verschickt worden sein soll. Zu den Personen im Auto gibt es keine Angaben außer, daß eine unbekannte Person in Göttingen aus dem Auto und zum Briefkasten gegangen sei. Vor ihrer Festnahme sollen Bernhard und Michael ein Erddepot mit 3,5 kg Schwarzpulver geräumt haben. Beweismaterial wurde - trotz spektakulärem Einsatz eines Sprengstoffroboters - nicht gefunden. Es wird nicht klar, woher die Erkenntnisse der BAW stammen. Personenangaben und -beschreibungen fehlen. Anscheinend wurden die beiden nicht direkt observiert. Das aus erster Quelle informierte Staatsschutzorgan „die tageszeitung" (taz) vermutet ein „satellitengestütztes System" zur Überwachung des PKWs. Wo sich das Auto zur Zeit des Anschlags befand, weiß die BAW allerdings nicht. Oder will es nicht wissen.

Die Presse vom 27. Februar war einer Meinung: "Erster Schlag gegen AIZ ?" (Die Rheinpfalz) und "Erstschlag gegen AIZ ?" (junge Welt). Der zuerst angegebene Grund der Verhaftung, Sprengstoff im Auto, galt nicht mehr. Nachdem weder Sprengstoff noch Waffen gefunden wurden, "widersprach [die BAW] der Darstellung, wonach im Auto der Festgenommenen Sprengstoff ... transportiert wurde" (Die Rheinpfalz). Sämtliche Beweise waren schon ausgegangen.

„Focus" folgte mit Fotos, Informationen von ehemaligen Mitschüler/inne/n, und Ausschnitten aus der gemeinsamen Abizeitung von Bernhard und Michael. Das CSU-Parteiorgan „Bayernkurier" schreibt sich selbst widersprechenden Dreck: „Die AIZ ist durch die Festnahme von zwei ihrer zweifellos aktivsten Kämpfer sicherlich getroffen worden." Und im gleichen Artikel: „Ob [Michael] Steinau und [Bernhard] Falk aber tatsächlich zur Schaltzentrale der AIZ gehörten, ist ungeklärt." Die Inszenierung war gelungen. Die bürgerlichen Medien haben ihnen Zweck erfüllt.

keine Hinweise an BULLEN & JUSTIZ!

WO WAREN SIE AM 23.9.1981 ?

DANKE, SEHR GUT! UND IHNEN?

AUSSAGE VERWEIGERUNG!!

Es sitzen zwei Leute im Knast, weil die BAW für sie „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" konstruiert hat. (Dazu kommt, daß diese „Vereinigung" bei Linken unten durch ist. Nichtsdestotrotz steht Solidarität über der Kritik.) Bernhard und Michael machen das einzig richtige und verweigern jede Aussage. Die Diskussionen, die aus dieser Situation unweigerlich folgen würden, haben auch nicht vor der BAW stattzufinden, sondern in linksradikalen Zusammenhängen.

Bernhard und Michael sind seit 1991/92 mit Repression konfrontiert. 1994 wurden sie den Angriffen gegen den Öl-Multi Shell 1992 in Hamburg und Aachen beschuldigt und zu 11 bzw. 12 Monaten auf Bewährung verurteilt. Bei den Durchsuchungen vom 13. Juni 1995, wo die vier angeblichen radikal-Redakteure festgenommen wurden, waren auch ihre Wohnungen Ziel der BAW. Ihre Verhaftung ist ein weiterer staatlicher Angriff gegen linke Strukturen und Zusammenhänge. Bernhard und Michael gilt unsere Solidarität.

Die Soli-Arbeit läßt stark zu wünschen übrig. In der linken und linksradikalen Presse sind die Verhaftungen selten Thema gewesen. Der interim lagen keine Texte zur Veröffentlichung vor. Auch unsere Informationen beschränken sich auf wenige Seiten.

Bernhard und Michael sitzen in strenger Isolationshaft: 23 Stunden in einer besonders gesicherten Zelle, eine Stunde Einzelhofgang. Pro Monat eine Stunde Besuch mit Trennscheibe (außer bei den Eltern, dafür mit strenger Überwachung durchs LKA), Anhalteverfügungen und Verzögerungen beim Briefverkehr. Im März 1996 wurden Michael von BKA-Bullen und einem Bullenarzt Haare abgeschnitten und sogar gegen seinen Willen ausgerissen. Bei einer jeden kriminalistischen Sinn entbehrenden Gegenüberstellung am 30. April, bei der Michael jede Mitwirkung verweigerte, wurde er von den Bullen so mißhandelt, daß er noch Tage später Schmerzen hatte. Mit zwei einwöchigen Hungerstreiks im April und Mai hat Michael gegen seine unhaltbaren Haftbedingungen protestiert.

Bernhard und Michael müssen sofort raus

Zusammen kämpfen · Solidarität ist unteilbar

Da Bernhard und Michael von der Außenwelt abgeschirmt werden, sind sie auf schriftliche Kommunikation angewiesen. Schreibt den beiden:
Bernhard Falk, JVA, Rochusstraße 350, 50827 Köln
Michael Steinau, JVA, Marliring 41, 23566 Lübeck,

Antiimperialistische Zellen

Um Euch, liebe Leser/innen, zu veranschaulichen, warum die Antiimperialistischen Zellen (aiz) „bei Linken unten durch" sind, wollen wir hier Hauptpunkte der notwendigen Kritik an der Gruppe, darlegen. Da diese Kritik nicht hinfällig wird, weil Leute eingefahren sind und weil Solidarität für uns unteilbar ist, haben wir uns entschieden, den folgenden Text in dieser Ausgabe zu veröffentlichen.

Nach dem April('92)-Papier der RAF, in dem diese die Aussetzung von tödlichen Aktionen gegen die Eliten der BRD ankündigt, gibt's das erste Lebenszeichen der AIZ. In ihrem Text stützt sich die AIZ auf Papiere der frühen RAF und begründet in der kommenden Erklärung, warum sie militanten Widerstand in der BRD für notwendig erachten. Sie definieren nach und nach ihren Begriff vom antiimperialistischen Kampf. Die AIZ machen sich in Zeiten allgemeiner ideologischer Demobilisierung Gedanken, wie eine revolutionäre Strategie zur Befreiung aller Unterdrückten weltweit aussehen könnte. So weit, so gut.

Im November 1992 entzünden die AIZ, noch unter dem Namen „Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah" 240 Liter Benzin im „Rechtshaus" der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Uni Hamburg. Sie begründen die Wahl des Anschlagziels mit der Funktion der Fakultät im 3. Reich, der Verfolgung von Kommunist/inn/en nach 1945 und der Abschaffung des Asylrechts. Vor dem Haus der Eltern eines GSG9-Bullen (schlecht recherchiert, dieser war nämlich bereits ausgezogen (!)) wird am 18.08.93 eine Barrikade angezündet, begleitet von Klängen türkischer Widerstandsmusik. Nach dem Mord an Wolfgang Grams in Bad Kleinen schlägt die AIZ damit vor, alle GSG9-Bullen zu enttarnen und aus ihrer Anonymität zu reißen. Kurz vor der Europawahl legt die Gruppe am 04.06.94 Sprengsätze vor ein CDU-Büro in Düsseldorf; vor der Bundestagswahl ist ein FDP-Büro in Bremen an der Reihe. 1995 sind die Wohnungen von V. Köhler, Vorsitzender der deutsch-marokkanischen Gesellschaft in Wolfsburg, von CDU-MdB Joseph-Theodor Blank in Düsseldorf-Erkrath und zuletzt von Paul Breuer, verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU, Ziele der AIZ. Bei kleinem der Anschläge wurden Menschen verletzt.

Aktionen, Aktionsformen und -ziele der AIZ allerdings wurden wiederholt und berechtigt kritisiert (nachzulesen in radikal 153, SoZ 4/95, konkret 12/95 und mehreren Ausgaben der interim). Bei den Aktionen gegen Köhler und Blank (ein Hinterbänkler im Bundestag) z.B. sei es nicht gewährleistet gewesen, daß keine Menschen zu Schaden kommen. Auch die eingesetzte Alarmsirene bei Blank habe diese Sicherheit nicht geben können, da durch sie Personen hätten herbeigelockt werden können. Die Gefährdung Unbeteiligter muß bei einem Anschlag aber bis aufs letzte ausgeschlossen werden können.

In einem Text vom 13.07.95 zitieren die AIZ zustimmend Jihad Islami. Das Sich-Beziehen auf eine Gruppe, die Frauen bewußt aus Führungspositionen ausschließt. und die in Palästina verantwortlich für die Verdrängung von Frauen aus der (politischen) Öffentlichkeit ist, widerspricht jedem linken und fortschrittlichen Politikansatz. In ihrer Erklärung vom Dezember 1995 spricht die AIZ von der "Schärfe und Schönheit" des "Islam als revolutionäre Waffe", vom Islam als "Gesellschaft der großen Harmonie". Das ist nicht diskussionsfähig. Das sind religiöse Heilsvorstellungen, die ihren Platz in der Religion und nicht in einer emanzipatorischen Politik finden.

In den letzten Monaten haben die AIZ leider nichts mehr von sich hören lassen. Vielleicht haben sie die von verschiedenen Seiten gekommene Forderung, ihre Aktionen einzustellen oder sich aufzulösen, erfüllt ohne es uns mitzuteilen. Betrübt wären wir darüber nicht.





§129a-Prozeß gegen Ursel Quack

Am 30. Mai 1996 begann vor dem Staatsschutzsenat am OLG in Koblenz der Prozeß gegen Ursel Quack aus Saarbrücken. Wir haben hier ein Flugblatt aus Saarbrücken übernommen und geringfügig geändert. Danach kommt unser Bericht über den ersten Verhandlungstag und die Demo danach.

Ursel Quack wird von der Bundesanwaltschaft (BAW) angeklagt wegen §129a, "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung", womit in diesem Fall die RAF gemeint ist.
Bereits am 8. November 1994 wurde Ursel wegen "Verdacht auf Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" verhaftet.
Zwei Tage vor dem zweiten Haftprüfungstermin, am 21. November 1994, wurde der Haftbefehl außer Vollzug gesetzt und Ursel wurde unter Meldeauflagen freigelassen. Anfang April 1995 wurde der Haftbefehl ganz aufgehoben.
Konkret ordnet die BAW Ursel einen Brief zu, der nach der Verhaftung von Birgit Hogefeld in Bad Kleinen in deren Rucksack gefunden wurde. Darüber hinaus wird laut Anklageschrift ein direkter Kontakt von Ursel zur "Kommandoebene der RAF" behauptet. Die "Unterstützung der RAF" wird darüber aufgebaut, daß Ursel - angeblich in Übereinstimmung mit der RAF - das "Konzept Gegenmacht von unten" in Saarbrücken umgesetzt habe. Dies soll belegt werden über Ursels Korrespondenz mit politischen Gefangenen aus der RAF und ihrer Mitarbeit in selbstorganisierten linken Projekten in Saarbrücken.
Tatsächlich soll Ursel verurteilt werden, weil sie über inhaltlich und regional begrenzte politische Initiativen hinaus nach Wegen sucht, wie eine antagonistische linke Kraft entstehen kann, und weil sie sich dabei nicht vorschreiben läßt, mit wem sie wann welche Diskussionen führt.

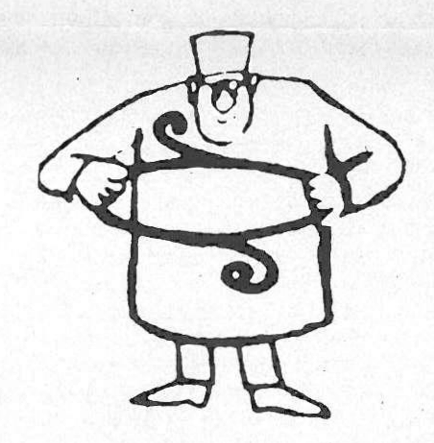


Der §129a - eine Grundlage politischer Justiz
Der §129a (Werbung für, Unterstützung von, Bildung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung) zielt auf die Kriminalisierung und Zerschlagung linker Organisierung, insbesondere auf solche, die die Überwindung der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse zum Ziel hat und in diesem Sinne ihre Praxis entwickelt und vorantreibt.
Mit dem §129a wurden Sonderregelungen für Ermittlungen, juristische Handhabungen, Haftbedingungen etc. verrechtlicht und normalisiert, die es den Staatsschutzbehörden ermöglichen, bürgerliche Grundrechte außer Kraft zu setzen. Mit der Festschreibung politischer Gegnerschaft als "Terrorismus" wird Entpolitisierung betrieben. Der §129a ermöglicht eine Verurteilung politischer GegnerInnen aufgrund eines konstruierten "TäterInnenbildes", ohne eine konkrete "Straftat" zugrunde legen zu müssen.
Auch die Zuständigkeit der Staatsschutzsenate an den Oberlandesgerichten für §129a-Prozesse macht deutlich, daß es hier um politische Justiz geht.

Gründung des Komitees „Solidarität heißt Widerstand"
Um praktische Solidarität gegen diesen Staatsschutzprozeß zu entwickeln, hat sich Ende Januar 1996 das Komitee "Solidarität heißt Widerstand" gegründet. Ziel des Komitees ist es, "gegen den Prozeß zu mobilisieren und mit dazu beizutragen, daß die Linke eine Kraft wird, die in der Lage ist, Staatsschutzangriffe gemeinsam zurückzuschlagen. In dem konkreten Verfahren ist es auch unser Interesse, daß der Bundesanwaltschaft und der Staatsschutzkammer ihr Vorhaben zusammenklappt. Die Staatsschutzjustiz darf mit ihren Kriminalisierungszielen nicht durchkommen" (aus der Plattform des Komitees).
Das Komitee sieht den Prozeß gegen Ursel nicht isoliert, sondern vielmehr im Kontext der aktuellen Kriminalisierungsversuche gegen linke Gruppen, Zusammenhänge und Personen, bspw. der Prozeß gegen die Autonome Antifa (M), der jetzt im August in Lüneburg beginnen soll, die Verfahren gegen angebliche Mitglieder der "radikal"-Redaktion, oder die Verhängung von Beugehaft gegen vier BewohnerInnen eines Wohnprojektes in der Fritzlarer Straße in Frankfurt (die inzwischen aber alle wieder draußen sind).
Daß die Linke derzeit zersplittert und in der Defensive ist, ermutigt die Herrschenden dazu, die Repressionsschraube anzuziehen. Die wenigen vorhandenen Widerstandsstrukturen sollen zerstört, Kämpfende zermürbt und unter Umständen eingeknastet werden. Aber gerade gegen den Zustand der Defensive ist es eine wesentliche Frage, wie eine Neukonstituierung einer linken Kraft gegen die massiven Staatsschutzangriffe durchgesetzt werden kann.

Beteiligt Euch an den Mobilisierungen gegen die Staatsschutzangriffe !

Die Linke muß eine Kraft werden, die in der Lage ist, die Staatsschutzangriffe gemeinsam zurückzuschlagen.



Der erste Prozeßtag
Am ersten Prozeßtag gab es zuerst einmal die bekannten Schikanen gegen die zahlreichen ZuschauerInnen, die einzeln durchsucht wurden. Auch die Ausweise wurden einbehalten und erst beim Verlassen des OLGs wieder ausgehändigt. So konnte der Prozeß erst mit einstündiger Verspätung beginnen und die Anträge von Ursels Anwalt auf größeren Saal (es fanden nur 50 Leute Platz, viele mußten draußen bleiben), Unterlassung der Durchsuchungen und dann auch auf Einstellung des Verfahrens wurden abgeschmettert. Doch die ganz harte Linie vertritt der vorsitzende Richter von Tzschoppe, der bisher keine Staatsschutzprozesse geführt hat, nicht. Er war deutlich wütend auf die zwei Bundesanwälte, die ihm ja erst vier Tage vor dem ersten Termin von den Aussagen des BKA-Bullen Lang unterrichtet hatten, was diesen Termin platzen ließ. Nach Verlesung der Anklageschrift, die vor allem aus RAF-Papieren besteht, sagte dann Lang aus, der beim BKA für die Bewertung von Schriftstücken zuständig war. Er hatte Anfang 94 einen Bericht geschrieben, in dem er Ursels angebliche Handlungen nicht als Unterstützungshandlungen gewertet hatte.
Dieser Bericht hat die Gerichtsakten nie erreicht, er ist beim BKA im Ordner verschwunden. Erst nachdem Lang sich an das Gericht gewandt hatte, wurde dieses bekannt und der Richter mußte, auch aufgrund des öffentlichen Druckes, der durch die UnterstützerInnen von Ursel entstanden war, den Prozeß verschieben.
Viel mehr ist am ersten Prozeßtag nicht passiert, außer das der Richter sich einige Male mit den Bundesanwälten herumgestritten hat, was bei den BesucherInnen zu Heiterkeit, bei den BAW-Anklägern zu Wutausbrüchen geführt hat.



Die Einschätzungen über den weiteren Prozeßverlauf (erst nach Redaktionsschluß) gehen auseinander. Während meist in Staatsschutzprzessen das Urteil von Vorne herein feststeht, konnten sich einige BeobachterInnen auch einen Freispruch vorstellen, wofür wir auch weiterhin kämpfen werden. Da aber nur Bullen als weitere ZeugInnen auftrten werden, ist wohl mit einer, wenn auch geringen Verurteilung zu rechnen, denn so leicht lassen die Staatsschutzsenate sich ihre Konstrukte nicht zerstören.
Nach Ende des ersten Prozeßtages gab es dann in Koblenz eine Demo, an der etwas über 100 Leute teilgenommen haben. Lautstark ging der Zug durch die Innenstadt, vorbei am OLG und weiteren Behörden sowie durch die Einkaufszonen. Redebeiträge gab es vom Komitee »Solidarität heißt Widerstand«, von der Göttinger Antifa (M) und anderen Gruppen. Zu einer kurzen Auseinandersetzung mit den Bullen kam es, als diese uns nicht mit dem Lautsprecherwagen in der Demo ziehen lassen wollten. Nachdem dann einige Knüppelbullen aufgefahren waren, mußten wir uns der Staatsgewalt beugen, um die Demo überhaupt weiterführen zu können.
Trotzdem war die Demo ein Erfolg und wir haben unsere Inhalte offensiv in die Öffentlichkeit gebracht.
Weitere Prozeßtermine sind der 3. und der 13. Juni. Über den Ausgang des Verfahrens werden wir Euch in der nächsten K-Butt informieren.
Weitere Infos sind beim Komitee »Solidarität heißt Widerstand« , Landwehrplatz 2, 66111 Saarbrücken, Telefon 0681-399990, Fax 0681-34145 erhältlich.
Bei der gleichen Adresse ist auch die Broschüre »Den Stein ins Rollen bringen« der Gruppe Basis gegen Portokosten zu bestellen, die sich mit Hintergründen des Verfahrens, weiterer Gegenmobilisierung und Aspekten der präventiven Konterrevolution beschäftigt.

In diesem Sinne:
Koblenz, Lüneburg, überall
den 129a bringen wir zu Fall !

Freiheit für Safoan Eid

Am 18. Januar 1996 wurden bei einen Brandanschlag auf ein von Flüchtlingen bewohntes Haus in Lübeck zehn Menschen ermordet und 38 weitere schwer verletzt.

Während international großes Entsetzen über diesen bisher mörderischsten Anschlag in Deutschland und Mitgefühl für die Opfer zu vernehmen war, wurde in Deutschland selbst von Politikern und Medien eher das durch den Brand geschädigte Ansehen Deutschlands, bejammert und der Stadt Lübeck, die zum wiederholten Mal wegen faschistischer Anschläge Schlagzeilen machte, Mitgefühl ausgesprochen. Am Morgen nach dem Brand schien eine faschistische Täterschaft noch sicher, die insgesamt vier festgenommenen Männer aus der rechtsextremistischen Szene des nahegelegenen Grevesmühlen wurden jedoch schon einen Tag später aufgrund eines von der Polizei selbst gelieferten Alibis wieder freigelassen. Anlaß für einen begründeten Tatverdacht stellte weder die schon früher deutlich geäußerte faschistische Gesinnung der vier Männer dar, noch die Tatsache, daß drei von ihnen nur eine Minute nach Brandmeldung hundert Meter von der Flüchtlingsunterkunft entfernt von einer Polizeistreife kontrolliert wurden. Auch die am Tag darauf, nach der Festnahme festgestellten frischen Verbrennungen im Gesicht der Neonazis warfen bei den Ermittlungsbehörden wohl keine Fragen auf.

Statt dessen wurde am Abend des 19. Januar der 20jährige Safoan Eid als Täter festgenommen, seitdem sitzt er in Lübeck in Untersuchungshaft. Safoan Eid lebte zusammen mit seinen Eltern und sieben Geschwistern in dem Haus in der Lübecker Neuen Hafenstraße.

Wie Opfer zu Tätern gemacht werden

Einziger Belastungszeuge gegen Safoan Eid ist ein in der Brandnacht eingesetzter Rettungssanitäter, der fast zwei Tage nach dem Brand, nach Aussetzung einer Belohnung von 50.000 DM bei der Polizei angab, daß Safoan ihm gegenüber die Tat gestanden hätte. Für die fragliche Situation in einem Rettungswagen auf dem Weg zum Krankenhaus gibt es allerdings auch andere Zeugen. Diese geben an, daß Safoan keinesfalls „wir waren es", sondern auf Neonazis bezogen „die waren es" gesagt hat.

Um diesen haltlosen Belastungszeugen baute die Staatsanwaltschaft Lübeck dann ein durch und durch rassistisches Konstrukt gegen Safoan, an dessen Ende seine Verurteilung wegen zehnfachen Mordes stehen soll.

Alle lancierten Motive für die Brandlegung durch Safoan Eid wurden widerlegt, und sowohl die Version nach der der Beschuldigte „Täterwissen" offenbart hätte als auch sein angebliches „Geständnis" in illegal abgehörten Gesprächen im Untersuchungsgefängnis mußten von der Staatsanwaltschaft wieder zurückgezogen werden. Übrig bleibt nur die vage Behauptung, daß Safoan Eid den Brand „mit anderen" wegen einem Streit „mit irgend jemand aus dem Haus" gelegt habe, und zwar mit Benzin „im rechten Gang des 1. OG". Dieser Version widerspricht allerdings ein Gutachten des Landeskriminalamts Schleswig-Holstein, das die Staatsanwaltschaft Lübeck selbst in Auftrag gegeben hatte. Danach sind weder im gesamten 1. Stock des Hauses Brandbeschleuniger ausgeschüttet worden, noch weist die lückenlos untersuchte Kleidung Safoans solche Spuren auf.

Der Brand ist offensichtlich nicht im 1. Stock, sondern im Erdgeschoß des Hauses ausgebrochen. Überlebende erzählen, wie sie in der Brandnacht im 1. Stock aus dem Schlaf geweckt wurden, sich durch die verqualmten Gänge tasteten und schließlich den Weg in die oberen Stockwerke fanden. Sie berichten übereinstimmend, daß es zu dem Zeitpunkt im 1. Stockwerk noch nicht brannte. Nur einer ihrer Mitbewohner flüchtete nach unten, ins Erdgeschoß und kam dort um. Auch die ersten eintreffenden Feuerwehrleute gaben in später gemachten Aussagen den Eingangsbereich im Erdgeschoß des Hauses als Brandherd an. Diese Angaben werden von Professor Achilles, einem der bekanntesten Brandschutz-Experten bestätigt. Nach einer Begehung des ausgebrannten Hauses kommt er zu dem Schluß, daß das Feuer im Eingangsbereich ausgebrochen sein muß und sich über die Holzvertäfelung des Treppenhauses nach oben ausgebreitet hat. Ein Fenster im Eingangsbereich war zudem nicht abschließbar, so konnten Täter von außen leicht in das Haus eindringen.

Alles das wird von der Staatsanwaltschaft Lübeck bewußt ignoriert, weil sonst ihr Konstrukt gegen Safoan Eid endgültig zusammengebrochen wäre.

Safoan muß raus!

Alles spricht für die Unschuld von Safoan Eid. Daß Safoan auch nach der Haftbeschwerde seines Verteidigers vom 26. April noch immer im Gefängnis sitzt, und die übrigen Überlebenden des 18. Januar aktuell mit ihrer Abschiebung rechnen müssen, liegt daran, daß die Ereignisse um die schreckliche Brandnacht von Lübeck völlig aus dem öffentlichen Bewußtsein verschwunden sind. Seitens der Medien gibt es hin und wieder Kritik an den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Lübeck, auch hat sich am 22. April eine mit namhaften JuristInnen besetzte internationale unabhängige Untersuchungskommission gebildet, die die bisherigen Ermittlungen prüfen und eigene Untersuchungen anstellen will. Das alles wird aber schwerlich zum Erfolg führen, wenn nicht in der Öffentlichkeit Druck aufgebaut wird, der die Ermittlungsbehörden zwingt, ihr absurdes rassistisches Konstrukt gegen Safoan Eid und die anderen Überlebenden aufzugeben. Es liegt in der Verantwortung aller antirassistisch orientierten Menschen zu verhindern, daß durch die Beschuldigung Safoans ein faschistischer Anschlag vertuscht wird, dadurch die Opfer des Anschlags zu Tätern gemacht werden und im Fall von Safoan fürchten müssen, für immer unschuldig im Knast zu verschwinden.

Dieser Text orientiert sich weitgehend an einem Flugblatt von Antifa Trier, Infoladen Trier, Multikulturelles Zentrum, No Pasaran, Orli-Torgau-Zentrum (alle Trier) für eine Kundgebung am 5. Juni

Wir, die Überlebenden des Brandanschlags vom 18.01.1996, melden uns zu Wort

Nach Wochen der Trauer wenden wir uns an die Öffentlichkeit. Nicht genug, daß wir 10 Menschen aus unserer Mitte verloren haben. Wir werden weiter gequält. Die Presse ist über uns hergefallen. Wir selber sollen den Brand gelegt haben. Unser Freund, Bruder und Sohn Safoan soll der Täter sein. Aber die wirklichen Täter laufen frei herum und werden nicht weiter verfolgt.

Wir haben in der Hafenstraße jahrelang zusammen gelebt wie eine große Familie. Unsere Kinder haben überall im Haus miteinander spielt - egal, ob sie schwarz oder braun oder weiß waren. Wir haben uns sehr gut verstanden. Jetzt behaupten die Medien einen bösen Streit zwischen Arabern und Afrikanern. Diesen Streit gibt es nicht. Wir haben in Frieden und Freundschaft zusammengelebt - wir Flüchtlinge aus Angola, aus dem Libanon, aus Syrien, aus Togo, aus Zaire. Es wird ihnen nicht gelingen uns zu spalten.

Der Brandanschlag vom 18. Januar war nicht der erste Angriff auf uns. Bereits im Juni letzten Jahres wurde im Eingang des Hauses eine stark riechende, brennbare Flüssigkeit ausgeschüttet. Es ist damals nichts weiter passiert. In der Nacht zum 18. Januar haben einige von uns deutlich gehört, wie eine Scheibe eingeschlagen wurde. Kurz darauf stand das ganze Haus in Flammen. Viele von uns sind aus den Fenstern gesprungen. Der Polizei haben wir gesagt, wo die meisten Menschen im Haus sind. Sie hat uns nicht geholfen. Sie hat zugeschaut bis die Feuerwehr kam.

Mit schlimmen Knochenbrüchen, Brandverletzungen und Rauchvergiftungen sind wir in die Krankenhäuser gebracht worden. Viele von uns waren und sind schwer verletzt. Das hat die Polizei nicht interessiert. Noch in der Tatnacht haben sie uns langen und quälenden Verhören ausgesetzt. Wir wurden verdächtigt, selbst Schuld zu sein. Wir sind behandelt worden wie die Täter, wie Verbrecher. Sie haben keine Rücksicht genommen auf unsere Trauer um die Menschen, die wir verloren haben. Zuerst wurden wir für dumm und primitiv gehalten. Wir sollen Feuer in den Wohnungen gemacht haben; wir sollen mit Benzin gehandelt haben; wir sollen an der elektrischen Anlage herumgespielt haben und so weiter. Das ist alles nicht wahr. Wir sind nicht dumm. Dann haben sie versucht, die Täter unter uns zu finden. George haben sie verdächtigt, Rabi und Silvio. Rabi und Silvio sind beide tot - sie waren unsere Freunde. Und dann haben sie Safoan festgenommen. Er soll einen Streit mit Gustave gehabt haben. Dann soll er aus Rache das Haus angesteckt haben, in dem seine eigene Familie lebt und er selbst geschlafen hat. Gustave und alle anderen haben vor der Polizei, vor der Presse und im Fernsehen gesagt, daß es zwischen ihnen keinen Streit gegeben hat. Es gab keine Prügelei, und es gab keinen Streit um eine Frau und keine Eifersucht. Wir wissen alle: Safoan kann nicht der Täter gewesen sein. Und niemand anderes aus dem Haus war es. Safoan hat mit seinen Brüdern im IV. Stock der Hafenstraße geschlafen, bis er von Rufen der Nachbarin geweckt wurde. Als er die Tür öffnete, schlugen ihm die Flammen und der Rauch entgegen. Safoan hat sofort damit begonnen, andere Menschen aus dem Haus zu retten. Er wurde dabei selbst vom Feuer verletzt. Drei deutsche Jungen sind nur wenige Stunden vernommen worden. Sie kamen nicht in Untersuchungshaft. Sie sind nach weniger als 48 Stunden freigelassen worden. Ihre Namen wurden geschützt. Safoans Name und sein Bild ging durch die Presse. Sie haben ihn schon verurteilt, bevor noch die Anklage erhoben ist. Safoan hat es nicht getan. Er muß im Gefängnis bleiben, weil kein Deutscher der Täter sein soll. 38 Zeugen, die alle das selbe sagen: Safoan ist nicht der Täter, wird nicht geglaubt. Aber einem einzigen deutschen Feuerwehrmann wird geglaubt. Das Wort der Ausländer ist nichts wert.

Der Feuerwehrmann sagt nicht die Wahrheit. Er hat seine Aussage erst gemacht, als eine Belohnung für die Ergreifung der Täter ausgestellt war. Warum hat er sich nicht direkt an die Polizei gewandt, die im selben Fahrzeug saß, als Safoan mit ihm gesprochen hat? Bis heute versucht die Polizei, Zeugen zu finden, die ihn belasten. Immer wieder werden wir aufgefordert doch zu sagen, daß er es war. Kinder werden bis zu 5 Stunden ohne ihre Eltern und ohne einen Anwalt verhört. Die Polizei sagt ihnen: Du kennst doch den Täter, Safoan! Erzähl über ihn, was weißt Du über ihn!?

Um uns zu beleidigen und uns in der Öffentlichkeit schlecht zu machen, denken sie sich die schäbigsten Geschichten aus: Wir sollen unsere Kinder verprügelt haben. Wir sollen Porno-Filme mit unseren Kindern gedreht haben. Wir sollen Safoan geschützt haben, weil wir angeblich etwas zu verbergen haben. Sie wollen uns unglaubwürdig machen und gegeneinander aufhetzen. Es wird ihnen nicht gelingen. Jetzt drohen sie uns mit Abschiebung: Der Brandanschlag soll mit unserer Asylbewerbung nichts zu tun haben. Sie wollen lästige Zeugen loswerden. [...]

Wir wollen etwas anderes:

Wir wollen einen unbefristeten und gesicherten Aufenthalt.

Wir wollen eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung.

Wir wollen das Ende der quälenden und erniedrigenden Verhöre.

Wir wollen die Einstellung der staatlichen Ermittlungen gegen uns.

Wir wollen, daß Safoan sofort freigelassen wird und die Ermittlungen auch gegen ihn eingestellt werden.

Wir wollen, daß die richtigen Täter gesucht und gefunden werden und daß unsere Beobachtungen ernst genommen werden.

Wir wollen, daß unser Bericht öffentlich bekannt wird und unsere schlimmen Erfahrungen international untersucht werden.

Ivan Jelinic

hat sich im Straubinger Knast erfolgreich den dortigen Haftbedingungen widersetzt

Nach monatelangem Kampf, zuletzt mit einem Hunger- und Durststreik, hat sich Ivan Jelinic seine Verlegung aus dem Straubinger Hochsicherheitstrakt und damit etwas bessere Haftbedingungen erkämpft. Er sitzt jetzt in Hannover.

Der „unkonventionelle politische Gefangene" (so Ivan über sich selbst) startete 1995 die Aktion „Solidarität gegen die Isolation" für die Kommunikation und gegenseitige Unterstützung der isolierten Gefangenen in deutschen Hochsicherheitstrakten und abgesonderten Sicherheits- und Bunkerzellen.

Nachdem dieses Projekt durch linke Zeitungen öffentlich gemacht war, wurde Ivan im Oktober überraschend von Bruchsal nach Straubing (Bayern) in den Hochsicherheitstrakt, separat vom Regelvollzug verlegt. Der Straubinger Knast ist für seine außergewöhnlich harten Haftbedingungen für politische Gefangene bekannt. Die Zellen haben keinen Lichtschalter und keine Steckdose, bieten also keine Möglichkeit, Musik zu hören und Tee oder Kaffee zu kochen. Ivan schreibt darüber: „Die Gegenstände sind alle ohne Beine (Tisch, Stuhl und Bett), sind seitlich in die Wand auf Metallträgern aufgehängt und absolut unbeweglich. Der Schrank besteht aus fünf Betonplatten, die einfach in die Wand gemauert wurden und so ein Schrankregal darstellen. Das ist alles. Aus der Wand ragt lediglich der Alarmknopf, sonst sind sie von unten bis oben kahl, glatt, kalt. Vor dem Fenster Dreifachgitter. Einzelhofgang. Besuch mit Panzerglasscheibe. Kein Kirchgang. Totale Überwachung der Kommunikation mit der Außenwelt." Er verweigerte die Besuche mit Trennscheibe und den Hofgang wegen der schikanösen Durchsuchung davor und danach. Aus- und eingehende Post wurde rigide zensiert, zurückgehalten oder mit „Annahme verweigert" zurückgeschickt (so auch geschehen mit mehreren Ausgaben der K-BUTT).

Insbesondere Texte, die Ivans Projekt betrafen, z.B. Historisches über die Isolationshaft, wurde ihm nicht ausgehändigt. Durch die gesamten Haftbedingungen wurde seine Arbeit am Projekt be- und verhindert.

Um eine Verlegung in den Regelvollzug zu erreichen, ging Ivan im Februar 44 Tage in einen Wasser-und-Brot-Streik, weil das Leben bei Wasser und Brot den Verhältnissen angemessen ist.

Da er nur geringfügige Verbesserungen und nicht sein Ziel, den Regelvollzug, erreichen konnte, ging Ivan im April erneut in den Hungerstreik; da sich von staatlicher Seite nichts änderte, ab 1. Mai sogar in den Durststreik. Der Staat setzte Ivans Leben aufs Spiel. Ivan kam ins Knastkrankenhaus, wurde am 13. Mai zurück in den Knast gesteckt und ging sofort wieder in den Durststreik. Dies wollte er solange tun, bis seine Bedingung, nach Bruchsal oder Hannover in den Regelvollzug verlegt zu werden, erfüllt wird. Das hat Ivan - endlich - Ende Mai/Anfang Juni erreicht.

Seit über 10 Jahren ist Ivan eingeknastet, die letzten vier Jahre in Einzelisolation; verurteilt zu 30 Jahren wegen Banküberfällen. Bei einem Ausbruchversuch 1991 wurde er durch drei Kugeln schwer verletzt. Ivan hat fortdauernd und ohne klein-bei-zu-geben gekämpft, nicht nur für sich, sondern hauptsächlich für Gefangene in Isolationshaft (auch für Mumia Abu-Jamal). Seine Streiks und die daraus möglicherweise folgenden Konsequenzen waren und sind eine bewußt eingesetzte Form, um auf die Hochsicherheitstrakte aufmerksam zu machen.

Schreibt Ivan Jelinic! Seine neue Adresse lautet wahrscheinlich: Schulenburger Landstraße 145, 30165 Hannover

Kundgebung am Knast in Frankenthal

zum Aktionstag „Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit"

Am und um den 18. März 1996 fanden in der ganzen BRD Aktionen für die Freiheit der politischen Gefangenen statt. Der 18. März wurde von der Gruppe Libertad! als Kampftag für die Freiheit der Gefangenen aus Klassen- und Befreiungskämpfen in aller Welt initiiert. Libertad! ist eine bundesweite Initiative, deren Ziel es ist, gegen staatliche Unterdrückung zu arbeiten und Solidarität mit den von der Klassenjustiz verfolgten Gefangenen und von Repression bedrohten Menschen zu organisieren. Libertad! wählte den 18. März als Tag der politischen Gefangenen, weil dieser Tag in der Geschichte mehrfach Bedeutung hat.

In der Revolution von 1848 steht er für den Beginn der deutschen Revolution gegen das Bündnis der Geldsäcke und Aristokraten. Am 18. März 1871 wurde in Paris die Commune proklamiert. Zum ersten Mal nahmen Arbeiter/innen die politische Macht in eigene Hände und begannen mit dem Aufbau einer menschlichen Gesellschaft. (Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe einen Ausschnitt aus Brechts Stück „Die Tage der Commune", das die Verhältnisse von Anfang 1871 bis zur blutigen Niederschlagung im Mai desselben Jahres darzustellen versucht.) Bis in die 20er Jahre galt dieser Tag bei linken Bewegungen als „Tag der Pariser Commune". Mit diesem historischen Bezug rief 1923 die Rote Hilfe den 18. März zum „internationalen Tag der Hilfe für die politischen Gefangenen" aus.

Am Knast in Frankenthal/Pfalz fand am 17. März 1996 eine Knastkundgebung statt. In Frankenthal sitzt Rolf Heißler, Gefangener aus der RAF (siehe auch K-BUTT Nr. 11). Musik und Redebeiträge zum Aktionstag, zum kurdischen Neujahrsfest Newroz, zu Abschiebehaft, zu irischen Gefangenen und zur Situation von Benjamin Ramos Vega powerten lautstark hinter die Knastmauern. Nach der Kundgebung zogen die knapp 100 Teilnehmer/innen, begleitet von Bullen, die unverhältnismäßig massiv angerückt waren, um den Knast, um den Gefangenen mit Sprechchören und roten Fahnen ihre Solidarität zu zeigen. Nachfolgend dokumentieren wir das Grußwort zur Kundgebung und einen Text eines Mannes, der auch in der Frankenthaler JVA eingeknastet wird.

Hallo ! Wir grüßen Euch alle !

Wir sind heute hier noch Frankenthal gekommen, um Euch Gefangenen unsere Solidarität zu zeigen, und wir grüßen besonderes unseren Freund und Genossen Rolf Heißler.

Rolf ist politischer Gefangener aus der RAF. Er sitzt seit insgesamt 20 Jahren im Knast - seit 6 Jahren ist er hier in Frankenthal eingelocht. In all den Jahren war und ist er mit diversen Sonderhaftbedingungen und Isolation konfrontiert, die zum Ziel haben, Menschen in ihrer Identität zu brechen. Rolf hat über all die Jahre seine politische Identität und Menschlichkeit verteidigt und bewahrt. Trotzdem gehen solche menschenverachtenden Bedingungen und Folter nicht spurlos an einem vorüber. Nach wie vor ist Rolf von seinen Freundinnen und Freunden, seinen Genossinnen und Genossen isoliert. Wir sind heute hier, um uns für seine Freilassung und die seiner FreundInnen und GenossInnen einzusetzen. Gleichzeitig unterstützten wir Rolfs Forderung, nach Schwalmstadt verlegt zu werden, um dort mit Helmut Pohl, Rolf-Clemens Wagner und Christian Klar zusammenzukommen bis seine Freiheit und die der anderen politischen Gefangenen aus der RAF erkämpft worden ist. Rolf ist und bleibt Teilhaber an unserem gemeinsamen Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse, die auf Ausbeutung und Unterdrückung basieren.

Wir haben den heutigen Tag für diese Kundgebung gewählt, um einen Beitrag zu dem Aktionstag für die politischen Gefangenen, zu dem die Gruppe „Libertad!" für den 18. März '96 aufgerufen hat, zu leisten. Heute und morgen werden in verschiedenen Städten Veranstaltungen, Aktionen und Kundgebungen stattfinden, die die Situation der politischen Gefangenen -nicht nur hier in der BRD- öffentlich machen und gleichzeitig dazu auffordern sollen, für die Freiheit der politischen Gefangenen zu kämpfen. In dem Aufruf von „LIBERTAD" heißt es u.a.: "Wir rufen diesen Aktionstag aus, um gemeinsam an sie (die politischen Gefangenen), ihre Unterdrückung und ihren Widerstand zu erinnern. Ein Tag unserer Solidarität und Verbundenheit mit den gefangenen Genossinnen und Genossen in der BRD und aller Welt.

Solange die Verhältnisse nicht grundlegend verändert sind, wird es Kämpfe geben, es wird Flüchtlinge und ImmigrantInnen geben, weil Menschen sich nicht abfinden mit den Zuständen und auf eine bessere Zukunft hoffen."

Wir, die heute hierher zu Euch gekommen sind, wissen, daß eine bessere Zukunft von uns allen zusammen erkämpft werden muß - sonst wird es sie nicht geben. In diesem Sinn schicken wir unsere solidarischen Größe an Euch alle da drinnen.

So gilt unsere Solidarität den Gefangenen, die organisiert oder einzeln ihre Menschenwürde im Knast verteidigen; denen, die sich wehren gegen Anstaltsterror, Ausbeutung durch Zwangsarbeit, den täglichen Schikanen von Schließern und Behördenwillkür - denen, die auch hinter den Knastmauern ihre Identität bewahren.

Genauso gilt unsere Solidarität allen Abschiebehäftlingen; diejenigen, die ausgeschlossen werden (sollen) aus der „Wohlstandsfestung Europa". Sie sollen zurückgeschickt werden in Armut und Unterdrückung - in ihre Herkunftsländer, deren Wurzel die Ausbeutung durch die reicheren Metropolenländer ist. Menschen, die von Deutschland oft nicht mehr mitkriegen, wie Behörden, Bullen und rassistische Anmache und Straßenterror.

Liebe und Kraft den kämpfenden Gefangenen !



Text eines Gefangenen aus dem Frankenthaler Knast zur dortigen Kundgebung am 17. März

Ich möchte mit diesem brief die gelegenheit nutzen, mich bei allen, die sich für die rechte der gefangenen einsetzen, zu bedanken, besonders aber bei den leuten, die so zahlreich und lautstark am 17.3. vor den mauern der jva frankenthal erschienen sind. Leider konnte ich euch nicht sehen, aber dafür jedes wort gut verstehen. Alle von euren forderungen verdienen jegliche unterstützung, besonders die forderung für die freilassung aller politischen gefangenen weltweit. Nur wenige menschen wissen überhaupt, daß es menschen gibt, die wegen ihrer politischen einstellung und arbeit durch einknastung mundtot gemacht werden. Es ist auch einfacher wegzuschauen oder sich taub zu stellen. Aus diesem grund finde ich es um so bemerkenswerter, daß es leute wie euch gibt, die trotz des widerstandes wie z.b. durch bullen oder bespitzelung vom verfassungsschutz auf die verbrechen der herrschenden klasse aufmerksam machen. Als ich an meinen betonstreben hing und euren worten lauschte, besonders als das gedicht der ira-leute, die hier gefangen waren, vorgelesen wurde, machte sich ein gefühl in mir breit, das mir neue kraft gab, nicht zu resignieren und weiterhin gegen die ungerechtigkeiten anzukämpfen. Ich glaube, dieses gefühl habt ihr vielen vermittelt. Gerade durch die ständige eingeschlossenheit und die einsamkeit bekommt man doch zweifel, ob man als ständiger einzelkämpfer irgend etwas erreichen kann und ob es was bringt, sich gegen alles zu stellen. Durch euch, die ihr vor der mauer kämpft, vermittelt ihr das gefühl, kein einzelkämpfer mehr zu sein, und somit, daß der kampf hinter den mauern nicht sinnlos ist. Auf diesem weg möchte ich auch „alle" gefangenen auffordern, sich zu wehren, um euch, die ihr draußen kämpft, von hier drinnen zu unterstützen. Es ist nicht sinnlos, für seine rechte und die rechte anderer zu kämpfen.

Aus diesem grund möchte ich mich für die zusammenlegung von rolf mit den anderen raf-gefangenen einsetzen, was aber noch wichtiger ist, auch für ihre freilassung; aber auch für alle minderheiten, die in oder von unserer gesellschaft so gnadenlos ausgegrenzt werden. Der kampf geht weiter.

Bertolt Brecht: Die Tage der Commune

Bürger Gardisten! Die Proletarier von Paris, inmitten der Niederlagen und des Verrats der herrschenden Klassen, dezimiert auf den Schlachtfeldern der Bourgeoisie, der preußischen und seiner eigenen, geschwächt durch den Hunger, den die preußischen Generäle und die Pariser Schieber über sie verhängt haben, erhoben sich in diesen Morgenstunden, die Reste ihrer zerschmetterten Quartiere zu verteidigen und ihr Geschick in die eigenen Hände zu nehmen. Es ist das Geschick Frankreichs. Die sogenannte Regierung der nationalen Verteidigung, gebildet von der Bourgeoisie nach der militärischen Niederlage, ist als Regierung des nationalen Verrats entlarvt. Dieselben Leute, die den Kaiser geholt hatten für ihre Abenteuer, haben ihn fallen lassen, als er die Beute nicht lieferte; jetzt holen sie Herrn von Bismarck, damit er ihnen ihr Eigentum beschützt gegen jene, die es schufen, das Proletariat. Aber die Hauptstadt Frankreichs, den Aufstand gegen diese Bande von Abenteurern für rechtmäßig erklärend, schreitet, ruhig und fest im Besitz ihrer Waffen, zur Wahl ihrer eigenen, freien und souveränen Kommune und fordert freie Kommunen Frankreichs auf, sich um sie zu scharen.

Varlin, Delegierter bei der Pariser Kommune, am 19. März 1871

RESOLUTION

1

In Erwägung unsrer Schwäche machtet
Ihr Gesetze, die uns knechten solln.
Die Gesetze seien künftig nicht beachtet
In Erwägung, daß wir nicht mehr Knecht sein wolln.
  In Erwägung, daß ihr uns dann eben
  Mit Gewehren und Kanonen droht
  Haben wir beschlossen: nunmehr schlechtes Leben
  Mehr zu fürchten als den Tod.

2

In Erwägung, daß wir hungrig bleiben
Wenn wir dulden, daß ihr uns bestehlt
Wollen wir mal feststelln, daß nur Fensterscheiben
Uns vom guten Brote trennen, das uns fehlt.
  In Erwägung, daß ihr uns dann eben
  Mit Gewehren und Kanonen droht
  Haben wir beschlossen: nunmehr schlechtes Leben
  Mehr zu fürchten als den Tod.

3

In Erwägung, daß da Häuser stehen
Während ihr uns ohne Bleibe laßt
Haben wir beschlossen: jetzt dort einzuziehen
Weil es uns in unsern Löchern nicht mehr paßt.
  In Erwägung, daß ihr uns dann eben
  Mit Gewehren und Kanonen droht
  Haben wir beschlossen: nunmehr schlechtes Leben
  Mehr zu fürchten als den Tod.

4

In Erwägung, es gibt zu viel Kohlen
Während es uns ohne Kohlen friert
Haben wir beschlossen, sie uns jetzt zu holen
In Erwägung, daß es uns dann warm sein wird.
  In Erwägung, daß ihr uns dann eben
  Mit Gewehren und Kanonen droht
  Haben wir beschlossen: nunmehr schlechtes Leben
  Mehr zu fürchten als den Tod.

5

In Erwägung, es will euch nicht glücken
Uns zu schaffen einen guten Lohn
Übernehmen wir jetzt selber die Fabriken
In Erwägung: ohne euch reicht's für uns schon
  In Erwägung, daß ihr uns dann eben
  Mit Gewehren und Kanonen droht
  Haben wir beschlossen: nunmehr schlechtes Leben
  Mehr zu fürchten als den Tod.

6

In Erwägung, daß wir der Regierung
Was sie immer auch verspricht nicht traun
Haben wir beschlossen, unter eigner Führung
Uns nunmehr ein gutes Leben aufzubaun.
  In Erwägung: Ihr hört auf Kanonen -
  Andre Sprache könnt ihr nicht verstehn -
  Müssen wir dann eben, ja, das wird sich lohnen!
  Die Kanonen auf euch drehn.

Der aufhaltsame Aufstieg

Ihr aber lernet, wie man sieht statt stiert
Und handelt, statt zu reden noch und noch.
So was hätt einmal fast die Welt regiert !
Die Völker wurden seiner Herr, jedoch
Daß keiner uns zu früh da triumphiert -
Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.

Vorbei die Zeiten, in denen sich auch Bettler/innen für drei Groschen eine Oper oder ein Theaterstück leisten konnten. In Erfurt ist heute betteln sogar verboten und im neuen Pfalztheater in Kaiserslautern würden derartige „subversive Elemente" hochkannt rausgeschmissen.



„Afrikanischer König" in weißem (!) Marmor Pfalztheater Kaiserslautern

Nicht nur die Preise des Eintritts sind gesalzen, auch die der Getränke. Größeres Haus, größere Preise. Ein Viertel Liter Wasser kostet soviel wie im Getränkeladen ein halber Kasten Sprudel. Aber viele saufen - passend teuer nobel gekleidet - Sekt oder Campagner (0,1 l 12 DM), als ob es in der Pause was großes zu feiern gäbe, wie Hunde aus dem Wassernapf; ihr Verhalten entsprechend. Sie gehen ins Theater, weil sich's gehört. Was wissen wir, was diese bourgeoisen Krawatten- und Handtäschchenträger/innen denken: Brecht ist tot, sein Stück Vergangenheit und heute alles gut ?! Sie hören - oh Moon of Alabama - begeistert Lieder und Texte zu Brechts Liebesleben im „Cafe Nostalgie". Politik rausgefiltert. Der gute Brecht. Schade um den bequemen Teppich, den sie zertrampeln und die neuen Theaterstühle, die sie durchsitzen. Für solche Leute wurden 120 Millionen D-Mark ausgegeben.

Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui" stand ab Februar 1996 auf dem Programm des neuen Pfalztheaters in Kaiserslautern. Die "Gangstershow" zeigt den Aufstieg Hitlers zur Macht bis zum Jahre 1938. Die NS-Großfunktionäre werden zu Chicagoer Gangstern verfremdet. Vorbild für Brechts Ui war Al Capone, der 1925 in Chicago seine Bande aufbaute, mit der er in großkapitalistischer Weise das illegale Alkoholgeschäft kontrollierte.

Das Stück war ein Versuch, der kapitalistischen Welt den Aufstieg Hitlers dadurch zu erklären, daß er in ein ihr vertrautes Milieu versetzt wurde. Brecht begann das Projekt, um der Mythologisierung von Hitler das eigentliche Sein entgegenzustellen und um das Bewußtsein zu schaffen, daß jede faschistische Bewegung aufhaltbar ist, wenn sie nüchtern betrachtet wird. Aber auch die Darstellung von Gangstermilieu, Konzernbildung und Nazibewegung und wie sich deren Praktiken gleichen, war Ausgangspunkt von Brechts Arbeit.

Die Niederschrift im finnischen Exil im Frühling 1941 erfolgte auch in der Absicht, ein passendes Stück für die USA in der Tasche zu haben. Brecht und Helene Weigel und deren Kinder, Ruth Berlau und Margarete Steffin, die nicht unerheblich am Ui mitarbeitete, warteten auf ihre Visa.

In den USA wurde das Projekt „Ui" aufgegeben. Die erste Aufführung 1963 in den USA war kein Erfolg. Zu Brechts Lebzeiten wurde dieses Stück nie aufgeführt und veröffentlicht. Für Brecht war ein Stück auch erst mit der Aufführung, die unweigerlich eine Änderung der Texte mit sich führt, so weit fortgeschritten, daß es als fertiggestellt gelten kann.

Dem Stück fehlt die Ausarbeitung der faschistischen Ideologie. Der Dummkopf Hitler ist nur Marionette des Kapitals. Diese Darstellung greift einfach zu kurz. Der Händler im Speicherbrandprozeß läßt lediglich seine Berufsehre verteidigen und wird nicht zum radikalen Ankläger der herrschenden Verhältnisse, wie es Dimitroff im Reichstagsbrandprozeß wurde.

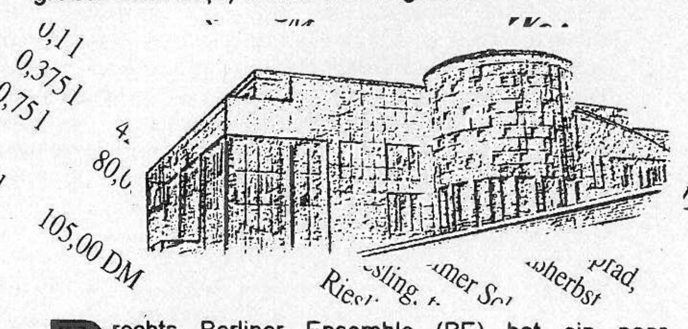
Ebenso fehlt das Volk (mitsamt seiner Begeisterung für, aber auch der Widerstand gegen Hitler), was Brecht damit rechtfertigt, daß dies von der eigentlichen Intention des Stückes ablenken würde. Kein Wunder also, daß die Frau in diesem Stück nur eine kleine Nebenrolle spielt. Am Manuskript sah auch Brecht Fehler, z.B. daß der in Hitlers Auftrag ermorderte SA-Stabschef Röhm beim Auftritt als Geist am Ende des Stückes zum Märtyrer wird.

Brecht hat also das Thema eingegrenzt. Das Stück kann damit keine allgemeine und gründliche Schilderung der damaligen Zeit geben. Stellt sich die Frage, warum sich dieses Stück heute so großer Beliebtheit erfreut. Das Pfalztheater hätte besser aus Anlaß des 125jährigen Jubiläums der Parsier Kommune Brechts „Die Tage der Commune" inszeniert.

Auf den billigen Plätzen des Pfalztheaters, eine Treppe höher, kommst du bei der Hitze ganz schön ins Schwitzen. Nicht jede/r hat das Privileg, dank einer Pressekarte vorne in Reihe sechs gleich am Ausgang zu sitzen. Faszinierend dagegen das langsame Abdimmen der unzähligen Glühlampen an den Sandsteinseitenwänden bei Vorstellungsbeginn.

Begeistert hat der plötzliche Auftritt eines großen älteren US-Autos auf der Bühne. Gleich danach fallen Schüsse vom Band, die dich jedesmal zusammenzucken lassen. Zu dem Zeitpunkt hat sich auch der Gestank des Autos im Saal verbreitet und es entsteht der Eindruck, du würdest die Schüsse riechen.

Am Ende spricht Ui über volle Pulle aufgedrehte Lautsprecher an sein zuschauendes Volk. Der Saal hallt. Dir läuft es eiskalt über den Rücken. Diese Szene ist genial umgesetzt. Ganz zum Schluß tritt der Ansager vor den geschlossenen Vorhang und spricht warnend den nachdenklichen Epilog (s.o.), den das Publikum wahrscheinlich nach dem großen Schlußapplaus (den ersten großen überhaupt) wieder verdrängt hat.



Brechts Berliner Ensemble (BE) hat ein paar Jährchen mehr auf dem Buckel als das Pfalztheater. Kein moderner Sandstein, sondern in irgendeinem Kunststil gestaltete Decken, Wände und Geländer schmücken den Saal. Hier inszenierte Heiner Müller 1995 dasselbe Stück. Wie zu erwarten war, ist diese Inszenierung, die Müllers letzte werden sollte, ganz anders als die von Franziska Fleckenstein am Pfalztheater. Müller hielt sich nicht so streng an Brechts Vorlage, untermalte Szenen und Umbauphasen, wie im Pfalztheater stets bei offenem Vorhang, mit peppiger Musik. Die gesamte Inszenierung ist jugendlich, modern und zeitgemäß. Ein aktueller Bezug zur deutschen Politik, den das Pfalztheater wenigstens ansatzweise versuchte, fehlt allerdings.

Alkoholfreie Getränke

BERLINER ENSEMBLE

Die Schauspieler/innen machen ihre Sache gut, insbesondere der Darsteller von Ui, Martin Wuttke, der übrigens Nachfolger von Heiner Müller wurde. Manche Bilder sind prima umgesetzt, z.B. die Verlesung von Dogsboroughs (Hindenburgs) Testament. In einer Szene wird zeitgleich das geschriebene Original und die verlesene Fälschung vorgetragen. Andere eingebaute Szenen wiederum sind vollkommen unnötig und nur noch schlecht, z.B. ein Männer(-Nazi)-Strip oder eine Vergewaltigungsszene.

2. RANG

Zu den billigen Plätzen gibts einen seperaten Eingang an der Seite. Zwei Treppen höher kannst du hinunterblicken, wie auch an Brechts Theater Lachsbrötchen gefressen werden. Je nachdem wo du sitzt, hast du keinen Ausblick auf den vorderen Teil oder auf den hinteren Teil der tiefen Bühne. Aber nicht nur auf der Bühne bekommst du was gezeigt. Auf Logenplätzen stehen - bereits lange vor Beginn - rechts und links je eine Person mit Affen- und Stiermaske, mit rot leuchtenden Augen.

Nach dem Stück dann, du verläßt das Theater und kommst auf die Straße am Bertolt-Brecht-Platz, hörst du eine Rede und siehst schließlich den Vortragenden auf dem Balkon des BE stehen.

Brecht wollte Hitler das dämonische nehmen, indem er ihn der Lächerlichkeit preis gibt. Ob es heute noch nötig ist, Hitler als „großen Mann" zu entmystifizieren, kann mensch anzweifeln. Heiner Müller versucht dies anscheinend auch durch die Darstellung von Hitler als Tier. Martin Wuttke spielt den Hund gut, aber der Sinn und Zweck leuchten nicht ein. Anstatt den Schwerpunkt auf die Darstellung der gesellschaftlichen Ursachen und Zusammenhänge zu legen, die Hitler beim Aufstieg halfen, wird dem Publikum eine Lachparade präsentiert. Die Besucher/innen amüsieren sich lauthals über Hitler, daß dir die Luft wegbleibt.

RECHTS

Auch Brecht wird lächerlich gemacht. Seine abschließende Aussage „der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch" wird inmitten der Abschlußszene schrill ausgeschrieen und danach hysterisch verlacht. Heiner Müller, Fan des Faschisten Ernst Jünger, wird seine Gründe dafür gehabt haben.

Zwangsvorstellungen

Woher diese leeren Theater? Nur durch das Ausbleiben des Publikums. Schuld daran - nur der Staat. Warum wird kein Theaterzwang eingeführt? Wenn jeder Mensch in das Theater gehen muß, wird die Sache gleich anders. Warum ist der Schulzwang eingeführt? Kein Schüler würde die Schule besuchen, wenn er nicht müßte. Beim Theater, wenn es auch nicht leicht ist, würde sich das unschwer ebenfalls doch vielleicht einführen lassen. Der gute Wille und die Pflicht bringen alles zustande. Ist das Theater nicht auch Schule, Fragezeichen!

Schon bei den Kindern könnte man beginnen mit dem Theaterzwang. Das Repertoire eines Kindertheaters wäre sicherlich nur auf Märchen aufgebaut, wie »Hänsel und Gretel«, »Der Wolf und die sieben Schneewittchen«.

In der Großstadt sind hundert Schulen, jede Schule hat tausend Kinder pro Tag, das sind hunderttausend Kinder. Diese hunderttausend Kinder jeden Tag vormittags in die Schule, jeden Nachmittag ins Theater - Eintritt pro Kinderperson fünfzig Pfennig, natürlich auf Staatskosten, das sind hundert Theater je tausend Sitzplätze. Also per Theater 5oo RM - sind 5o ooo RM bei hundert Theatern. Wieviel Schauspielern wäre hier Arbeitsgelegenheit geboten! Der Theaterzwang bezirksweise eingeführt, würde das ganze Wirtschaftsleben neu beleben. Es ist absolut nicht einerlei, wenn ich sage: Soll ich heute ins Theater gehen, oder wenn es heißt: Ich muß heute ins Theater gehen. Durch diese Theaterpflicht läßt der betreffende Staatsbürger freiwillig alle anderen stupiden Abendunterhaltungen fahren, wie Kegelschieben, Tarocken, Biertischpolitik, Rendezvous, ferner die zeitraubenden blöden Gesellschaftsspiele: »Fürchtet ihr den schwarzen Mann«, »Schneider, leih mir deine Frau« usw.

Der Staatsbürger weiß, daß er ins Theater muß - er braucht sich kein Stück mehr herauszusuchen, er hat keinen Zweifel darüber, soll ich mir heute »Tristan und Isolde« anschauen - nein, er muß sich's anschauen - denn es ist seine Pflicht.

Er ist gezwungen, dreihundertfünfundsechzigmal im Jahr ins Theater zu gehen, ob es ihm nun vor dem Theater graust oder nicht. Einem Schüler graust es auch, in die Schule zu gehen, aber er geht gern hinein, weil er muß. - Zwang! - Nur durch Zwang ist heute unser Theaterpublikum zum Theaterbesuch zu zwingen. Mit guten Worten haben wir jetzt Jahrzehnte hindurch wenig Erfolg gehabt. Die verlockendsten Anpreisungen wie geheizter Zuschauerraum oder während der Pause Rauchen im Freien gestattet oder Studenten und Militär vom General abwärts halbe Preise; alle diese Begünstigungen haben die Theater nicht füllen können. - Die Reklame, die bei einem großen Theater jährlich Hunderte von Mark verschlingt, fällt bei dem Theaterzwang gänzlich weg. Ebenfalls auch die Preise der Plätze; denn die Plätze werden nicht mehr nach Standesunterschieden, sondern nach den Schwächen und Gebrechen der Theaterbesucher eingeteilt:

1.- 5. Parkettreihe: Die Schwerhörigen und die Kurzsichtigen.
6.-1o. Parkettreihe: Die Hypochonder und Neurastheniker.
1o.-15. Parkettreihe: Die Haut- und Gemütskranken.

Sämtliche Rang- und Galerieplätze stehen den Asthmatikern und Gichtleidenden zur Verfügung.

Auf eine Stadt wie Berlin kämen also - ausgenommen die Säuglinge und Kinder unter acht Jahren, Bettlägerige und Greise - täglich rund zwei Millionen Theaterbesuchspflichtige, eine Zahl, die die jetzige Theaterbesucherzahl der Freiwilligen weit überschreitet.

Man hat ja mit der freiwilligen Feuerwehr ebenfalls bittere Erfahrungen gemacht - und nach langer Zeit nun eingesehen, daß es heute ohne Pflichtfeuerwehr nicht geht.

Warum geht es also bei der Feuerwehr und nicht beim Theater? Gerade Feuerwehr und Theater sind heute so innig verbunden - ich habe in meiner langjährigen Bühnenpraxis hinter den Kulissen noch nie ein Theaterstück ohne Feuerwehrmann gesehen.

Sollte die vorgeschlagene »Allgemeine Theaterbesuchspflicht«, genannt »ATBPF«, zur Einführung kommen und, wie oben erwähnt, täglich zwei Millionen Menschen in das Theater zwingen, so müssen in einer Stadt wie Berlin zwanzig Theater mit je hunderttausend Plätzen zur Verfügung stehen. Oder vierzig Theater mit je fünfzigtausend Plätzen - oder hundertsechzig Theater mit je zwölftausendfünfhundert Plätzen - oder dreihundertzwanzig Theater mit je sechstausendzweihundertfünfzig Plätzen - oder sechshundertvierzig Theater mit dreitausendeinhundertfünfundzwanzig Plätzen - oder zwei Millionen Theater mit je einem Platz. Was aber dann für eine famose Stimmung in einem vollbesetzten Hause mit, sagen wir, fünfzigtausend Besuchern herrscht, weiß nur jeder Darsteller selbst. Nur durch solche eminenten Machtmittel kann man den leeren Häusern auf die Füße helfen, nicht durch Freikarten - nein - nur durch Zwang - und zwingen kann den Staatsbürger nur der Staat.

Gastbeitrag von Karl Valentin

Was sind das für Zeiten
in denen kein Gespräch über Bäume
ein Verbrechen ist
weil an ihnen das Unrecht begangen wird?

Was sind das für Zeiten?
Und ich sage: es reicht
wenn ihr jeden zweiten Abend praßt

Die Augen zu schließen
ist einfacher als sie offen zu halten
Liegen ist einfacher als Stehen
Sitzen einfacher als Gehen.
Aber was wäret ihr, hättet ihr nicht
mühsam gelernt wie man geht
wie man steht, wie man sieht?

Ich sage
die Dunkelheit kommt von allein
das Licht müßt ihr suchen
und ich sage
Dunkelheit ist da
Licht müssen wir lernen

Und ich frage:
Was sind das für Zeiten
in denen die Jugend als Kasperltheater
vorübergeht. Wir hören uns reden
und wissen:
Jung sind wir, wir sind Toren.
so viele haben wir scheitern gesehen -
über unserem Bett ist ein Netz gespannt
gegen die tödlichen Stiche der Träume -

Ihr ganzes Leben war eine Klage
und sie konnten letztlich nicht sagen warum.
Sie schrieben, um uns zu warnen
aber *das* stand in ihren Romanen nicht

Oh, was sind das für Zeiten
in denen wir, die Nachgeborenen
noch immer nicht fähig zu leben sind?
Auch wir müssen noch bitten
um die Nachsicht der Kommenden

Was sind das für Zeiten?
Und ich sage
Es sind die Zeiten, in denen nicht
mit Bäumen zu sprechen ein Verbrechen ist

(Tobias)

Wir glotzen uns die Birne weg

(Bericht eines Geschädigten)

Neuerdings habe ich immer ein Insektenspray neben meinem Fernseher liegen, doch Mister Fliege scheint das zu ignorieren. Wo bleibt denn unsere heile interaktive Welt. Ballern wir die Deppen doch direkt von zu Hause aus der Glotze. Wir brauchen keinen Rinderwahnsinn um unser Hirn in Sülze zu verwandeln. Nein, da reicht uns schon ein ausdauernder Zap durch unser Vormittags-Hausfrauen-Arbeitslosen-Berieselungsmenü. Leider ist damit am Nachmittag ja nicht Schluß. Wenn mensch nicht mehr weiß, was Werbung und was Programm ist, da ist mensch richtig. Steigen sie ein in unser Karussell, wir sind uns für nichts zu blöd. Der neuerliche Boom an Diskussionssendungen ist nicht zu übersehen. Wir haben ja sonst keine Probleme, also laßt uns darüber sprechen, ob Dicke ästhetisch sind und ob eitrige Wunden unter Piercing fallen oder nicht. Hat mich ja schon immer brennend interessiert, ob der Uwe aus Dortmund seiner Mutter Geschenke macht. Doch Hauptsache es geht um Sex. In unserer so deutschen doppelmoralischen Spießigkeit üben wir uns in gemiemter Toleranz. Wir sind ja so offen und das alles über das Fernsehen. Wie mensch sich über solche Belanglosigkeiten wie „ich will unbedingt ein Star werden" ernsthaft in die Haare geraten kann, ist mir sowieso ein Rätsel. Aber Hauptsache wir sind im Fernsehen. Immer lächelnd sabbern moderir(r)enderweise unsere Bildschirmheld/inn/en durchs Programm. Infantilieren über Gott und die Welt.

Und das ist wörtlich zu nehmen. Doch während sich die Betrachter/innen (hoffentlich) noch fragen, ob das nun eine live-Übertragung von und für geistig Gestörte ist oder aus dem Drogenrausch eines Hironimus Bosch kommt, ist der harte Schluß, daß es sich hier um Realität handelt. Leider ist diese ganze Sache nicht so harmlos wie es zunächst scheint. Die ganze Klitsche deutscher Vorurteile wird rauf und runter gebetet: „Ich hab ja nichts gegen Ausländer, aber...", „Ich bin doch kein Sexist, wenn ich...". Ein freies Forum für Besserwissende aller Schichten. Und wem hier gelegentlich faschistische Tendenzen auffallen, die/der kann ja auf die nachmittäglichen Gameshows ausweichen - garantiert unpolitisch. Wo nach klassischem Teile-Und-Herrsche-Prinzip Geld an irgend jemanden ausgeschüttet wird. Selber schuld, wenn du arbeitslos bist; dann geh doch zum Glücksrad. Warum kann mensch eigentlich in keiner deutschen Sendung Arbeitsplätze gewinnen? Wieso wird Arabella nicht Bundeskanzlerin, sie erreicht bestimmt mehr Menschen? Die Gesellschaft hält sich ihren Spiegel vor und liefert Kotztüten frei Haus. Klar sind wir scheiße, warum sollen wir nicht stolz darauf sein. Und wir gestatten nebenbei jedem Arschloch seine Meinung bundesweit in die Köpfe zu hämmern. Aber das sind eben wir; die Kleinbürger/innen haben ihr Medium gefunden und das nützen sie ohne Rücksicht aus. Aber sind wir denn wirklich alle faschistoide, geldgierige, gewalttätige, besserwisserische, notgeile Moralprediger/innen ? „Man wird ja noch mal fragen dürfen !"



Unsere Muttersprache ist patriarchale Sprache

„Kein gesunder Mensch kann drei oder sechs Wochen ohne Frau auskommen ..."
Otto Rehagel über Trainingslager, Spiegel Nr. 7/83

Bei Gesprächen, in Diskussionen zeigen sich mal mehr mal weniger typisch männliche, sexistische Verhaltensweisen. Frauen wird von Männern ins Wort gefallen, Frauen werden erst gar nicht zu Wort kommen gelassen und übergangen. Das zeigt, daß Männer die Meinung von Frauen weniger oder nicht interessiert und Männer Frauen weniger oder nicht ernst nehmen. In ihrer Art und ihrem Tonfall dominieren die Männer auch das/im Gespräch. Zudem wird in einer sexistischen Sprache gesprochen, einem komplett patriarchalisch organisiertem System. Die Sprachwissenschaft wird wie jede Wissenschaft von Männern erforscht und verwaltet. Und nur die wenigsten Wissenschaftler/innen sehen es als ihre Aufgabe an, ihre Wissenschaft auch zu kritisieren. Letzteres wollen wir hiermit tun (schließlich ist Sprache als Kommunikationsmittel Teil unseres Handelns), obwohl zu Patriarchat und Sexismus sicherlich wichtigeres zu thematisieren wäre.

Sprache entwickelt sich in und mit der Gesellschaft. Das heißt, auch die deutsche Sprache ist mit dem Patriarchat historisch-gesellschaftlich gewachsen. Sie ist Teil des herrschenden Systems und damit genauso zu kritisieren. Wir müssen an unserer Sprache und wie wir sie mündlich und schriftlich benutzen, arbeiten. Eine emanzipierte Sprache allerdings wird es wahrscheinlich erst in einer emanzipierten Gesellschaft geben.

Ministerien erlassen Verwaltungsvorschriften über „Geschlechtsgerechte Amts- und Rechtssprache". Darin werden geschlechtsneutrale Bezeichnungen vorgeschrieben, allerdings sind „sprachliche Kurzformen wie Schrägstrich-, Bindestrich- oder Klammerverbindungen und das große Binnen-I ... ausgeschlossen" und „sprachliche Neuschöpfungen sind in jedem Fall zu vermeiden". Allein die darin festgehaltenen und bei weitem nicht akzeptablen Vorschläge stoßen bei vielen Männern bereits auf herbe Ablehnung. Sie würden die Sprache verkomplizieren.

Wer Forderungen von Frauen als unwichtig abtut und jegliche Auseinandersetzung ins Lächerliche zieht, fördert die patriarchale Strukturen des Systems.

Eine Gruppe von 99 weiblichen Arbeiterinnen macht ein dazutretender Typ zu 100 „Arbeitern". Frauen werden unsichtbar gemacht, und im Denken ausgelöscht: „Nach Feierabend fahren die Arbeiter nach Hause zu Frau und Kinder." „Arbeiter sind ..." bedeutet aber nichts anderes als „Alle Männer, die arbeiten sind ...", weil sonst das Subjekt Arbeiterinnen (mit)benutzt würde. Wenn von Arbeitern gesprochen wird, denkt sowohl Sprecher/in als auch Hörer/in nur an männliche Arbeiterinnen. Genau das wird auch bezweckt. Die Unterdrückten absichtlich zu übergehen, zu vergessen, sie gar auszulöschen ist Teil von Herrschaft.

Die Benutzung des Pronomens „man" ruft immer „Mann" ins Gedächtnis. (Genauso denk' ich bei „Weisheit" an „weiß". Und „weise Männer" erinnern an das Kinder(!)spiel „Wer fürchtet sich vorm schwarzen Mann". Rassistische Charakterzüge zeigen sich auch in „edelweiß" im Gegensatz zu „Schwarzarbeit", „Schwarzfahren" usw..) Eine Änderung des Pronomens in „mensch" ist keine gute Alternative. Das Substantiv Mensch ist, genau wie man, abgeleitet von dem Wort Mann (genauer: von althochdeutsch mannisco ‚männlich' über mennisco, mennisc zu mensch) Auch die Bibel zeugt Sexismus: *Der* Mensch (hebr. Adam) wurde von Gott geschaffen, aus *seiner* Rippe (der Rippe des Menschen!) wurde seine „Gehilfin", die „Männin" hergestellt.

Frauen zählen also nicht als Menschen. Frauen sind nur männlicher Besitz wie Häuser, Äcker und Vieh.

Wenn weibliche Zwillinge in einem Fernsehinterview sagen, daß „jeder für sich entscheidet" oder die Firma auf die Packungsbeilage ihrer „o.b." schreibt: „Die Menstruation ist bei jedem ein bißchen anders" (wurde nach einer Intervention der Sprachwissenschaftlerin Luise Pusch, der wir manche Anregung für diesen Artikel verdanken, abgeändert), ist das patriarchale Übersoll erfüllt. Solche Beispiele zeigen, wie tief es schon verankert ist, Frauen in maskulina zu drücken. Ein ebenso blöder Satz ist „als Frau hat *man* ja so *seine* Erfahrungen." Mann stockt allerhöchstens beim Lesen solcher Sätze, schluckt sie aber und liest weiter. Die bürgerliche Presse spricht von „Gysi", aber von „*der* Wagenknecht". „Frau Doktor" ist geläufig und o.k., weil Frau einen Arzt geheiratet haben kann und so zu ihrem Titel kam. Herr Justizrätin allerdings läßt das Gesetz nicht zu.

Neutrale Bezeichnungen, die eine „-innen"-Bildung nicht zulassen sind maskulin: Der Mensch, der Gast, der Passagier, der Zwilling, der Flüchtling, der Säugling. Und führen zu Sätzen wie „*der* Lehrling, *der sein* Arbeitsverhältnis kritisiert...". Genauso anstößig das Neutra „Mitglied", das im Plural unschön, weil männlich, wird.

Nicht nur Frauen, auch Minderheiten werden gern durch Sprache vorsortiert. Zum Beispiel Schwule, indem sie bezeichnenderweise mit Begriffen wie Tunte und Schwuchtel verweiblicht - und damit der herrschenden Meinung nach herabgestuft - werden.

Allein schon der deutsche Wortschatz dient herrschenden, männlichen Interessen: Fräulein Bauer, *das* Mädchen, „Hausfrau und Mutter", Damenwahl, dämlich - herrlich, Herrentorte (unbekannt dagegen sind „Männerjustiz", „Männerpolitik" und „Männersprache"; das würde auch zu viel verraten), Vater Staat, patriotisch, Brüderlichkeit, „jemand, der", Herr der Lage, der herrenlose Hund macht Männchen, jedermann, *der* kleine Mann, Hinter-, Neben-, Vorder-, Weihnachts-, Schnee-, Staats- und Ehrenmann, Strich-, Mainzel- und Marsmännchen und das Sandmännchen, das zum Sandmann wurde.

Die Diskriminierung der Frauen zieht sich durch Geschichte und Gesellschaft. Frauen sind nur wie Treue, Wein und Sang. Wenn überhaupt aufgeführt, sind Frauen nur Anhängsel. Häufig, insbesondere wenn ein Typ mit erwähnt wird, stehen Frauen passiv und als vereinzeltes Objekt dar. Von Johannes Mario Simmel („Alle Menschen werden Brüder") über Otto Rehhagel bis zum deutschen Personalausweis („Unterschrift des Inhabers").

Wir haben gesehen, daß außer im Telefonbuch Männer auch im (Obrigkeits-)Denken herrschen. Das schlägt sich auf Texte zurück, die von männlich-geprägt bis frauenverachtend reichen. Eine fertige Lösung können auch wir nicht anbieten. Als erster Schritt wäre eine unüberseh- und -hörbare weibliche Präsenz von Nöten. Auch wenn wir uns an frauches gewöhnen müssen: Namenscousin/e, anfreuninnen, freundinlich, Freundinnenschaft, Kundinnennummer, heldinnenhaft, Meisterinnenschaft, künstlerinnenisch, jemande, niefraud und viele mehr.

